Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/898
07.05.2025

NEUDRUCK

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

58. Sitzung (öffentlich)

7. Mai 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:32 Uhr bis 17:57 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Das Wolfsmanagement in Nordrhein-Westfalen braucht ein Update **6**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4356

In Verbindung mit:

Wolfsland NRW: Weidetierhalter brauchen noch immer finanzielle Unterstützung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4580

In Verbindung mit:

Das Wolfsmanagement in NRW weiterentwickeln – für mehr Tier- und Artenschutz

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/11333

Ausschussprotokoll 18/846 (Anhörung vom 10.03.2025)

– wird heute nicht behandelt

2 Umsetzung der Novelle der Bioabfallverordnung in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])* **7**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3831

– Wortbeiträge

3 Aktuelle Waldbrandgefahr und Maßnahmen der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])* **13**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3826

– Wortbeiträge

4 Förderstopp für Waldumbau in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])* **22**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3833

In Verbindung mit:

9 Förderprogramme für die Wald- und Forstwirtschaft: Wer, was, wie und wie viel wird gefördert? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3833

– Wortbeiträge

5 Baum-Scheck-Programm: Auch nur ein weiteres leeres Versprechen der Landesregierung? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])* **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3838

– Wortbeiträge

6 Wenn was Wichtiges fehlt: Wie geht es weiter mit der Landesgartenschau 2029, nachdem die Stadt Kleve mit einem Areal geplant hat, das ihr gar nicht gehört? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])* **35**

Bericht
des Landesregierung
Vorlage 18/3827

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7 LEADER-Förderung in NRW in Gefahr: Welche Auswirkungen hat die Richtlinien-Anpassung auf Vereine und Ehrenamt? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])* **36**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3828

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8 Trostpflästerchen statt echter Rohstoffabgabe: Wieso setzt die Landesregierung nur auf ein freiwilliges Modell? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 8])* **37**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3832

– Wortbeiträge

10 Wildnisgebiete statt Nationalparks: Was plant die Landesregierung? **47**
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 9])

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

11 Verschiedenes **49**

hier: **Razzien Anfang April zu Verdachtsfällen illegaler Bodenaushub-entsorgung**

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

gibt **Vorsitzende Dr. Patricia Peill** an, TOP 1 „Wolfsmanagement in Nordrhein-Westfalen“ mit den Anträgen der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen werde auf die nächste Sitzung verschoben.

Des Weiteren werde der Ausschuss TOP 4 „Waldumbau“ und TOP 9 „Förderprogramme für die Wald- und Forstwirtschaft“ zusammen beraten.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.)

1 Das Wolfsmanagement in Nordrhein-Westfalen braucht ein Update

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4356

In Verbindung mit:

Wolfsland NRW: Weidetierhalter brauchen noch immer finanzielle Unterstützung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4580

In Verbindung mit:

Das Wolfsmanagement in NRW weiterentwickeln – für mehr Tier- und Artenschutz

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/11333

Ausschussprotokoll 18/846 (Anhörung vom 10.03.2025)

2 Umsetzung der Novelle der Bioabfallverordnung in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3831

Dietmar Brockes (FDP) bedankt sich für den Bericht. Hintergrund sei die Umsetzung der Novelle, die vor wenigen Tagen in Kraft getreten sei. Die Freien Demokraten seien besorgt, dass dies beim Großteil der Bevölkerung noch nicht angekommen sei. Natürlich liege die Verantwortung in der Hauptsache bei den Kommunen, das sei ganz klar. Weil es aber ein landesweites Thema sei, habe er die Sorge, dass vor Ort, gerade was die Bußgelder etc. angehe, sehr unterschiedlich vorgegangen werden könnte.

Er hielte es für wichtig und hilfreich, wenn neben den Informationen, die den Kommunen und den Abfallbetrieben zur Verfügung gestellt worden seien, auch noch mal landesweit darauf aufmerksam gemacht würde. Sicher wäre es sinnvoll, seitens der Landesregierung landesweit öffentlich darauf hinzuweisen, das auch mehrsprachig, damit die Veränderung in der Breite der Bevölkerung ankomme und man es sich dadurch erspare, dass flächendeckend Strafgelder etc. verhängt würden.

Norwich Rüße (GRÜNE) meint, das sei gerade ein Hin und Her gewesen zwischen, das Land sollte doch vielleicht mal was machen, und – auf der anderen Seite schlage das Herz von Herrn Brockes immer auch für die Kommunalpolitik – der kommunalen Selbstverwaltung. Nun frage man sich schon, was sich jetzt konkret verändert habe, was neu geregelt werden müsse.

Mehr Informationen zu geben, sei immer gut. Bekannt sei, dass es oft ein Problem sei, genau zu wissen, was in welche Tonne gehöre und was nicht. Er wolle aber gerne noch mal auf die Ursache zurückkommen. Herr Brockes befürchte sofort Strafgelder.

Er spreche nun als jemand, der schon Kompost eingesetzt habe. Das habe er exakt einmal gemacht und werde es nicht wieder machen. Als Ökobetrieb kriege er schon gesondert abgesiebte Komposte. Und wenn er da sehe, was da drinstecke, dann sei das eine Katastrophe. Das könne man nicht auf dem Acker drauf lassen. Von daher begrüße er als Grüner ausdrücklich, dass es diese Verschärfung, diese Neuregelung gebe.

Er hoffe, dass Herr Brockes das genauso sehe, dass das sinnvoll sei. Man könne die Prozentangaben sogar noch hinterfragen. Wenn es nach Gewicht gehe, dann wisse man, Kunststoffe seien sehr leicht im Verhältnis zu dem, was sonst im Kompost drin sei. Nach Volumen sei der Anteil dann immer noch ganz schön groß.

Zur Frage der Komposte, die in den Ackerbau gehen sollten: Er bücke sich nach jedem Fitzel, den er auf dem Acker finde. Wenn da ein Rest einer Siloplane und alles Mögliche liege, dann sammele er das auf. Wenn er zehn Tonnen Kompost kriege, dann kriege

er auch eine ordentliche Ladung Kunststoff dazu, die er nicht mehr aufsammeln könne, die er nicht wieder rauskriege.

Die Forderung nach mehr Aufklärung und Bildung finde er völlig okay. Das könne man alles machen. Das laufe alles schon, gar keine Frage. Ihm gehe es darum zu sagen, das seien wertvolle Rohstoffe. In etlichen Städten in Nordrhein-Westfalen bestehe noch Nachholbedarf. Es sei dann Aufgabe der Kommunen, dafür zu sorgen, dass die Bioabfälle tatsächlich auch getrennt erfasst und wiederverwertet würden – im Sinne von Dünger, der daraus gewonnen werden könne. Da hätten einige Kommunen noch ein paar Hausaufgaben zu erledigen.

Bianca Winkelmann (CDU) betont, die wichtigen Stichworte seien schon gefallen. Zum einen sei es natürlich Aufgabe der kommunalen Träger, der Abfallbeseitigungsanlagen beziehungsweise auch der Kompostwerke, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Da das Thema sehr wichtig sei, begrüße sie, dass es heute hier auf der Tagesordnung stehe.

Jeder, der mal bei seinen Abfallentsorgungsunternehmen unterwegs gewesen sei, werde mit diesem Problem konfrontiert, der Verschmutzung von Bioabfällen, die eigentlich – genau wie Kollege Rüße es richtig beschrieben habe – ein ganz wertvoller, hochwertiger Nährstoff beziehungsweise Rohstoff seien, um die Kreislaufwirtschaft wirklich zu leben. Die CDU begrüße es, dass die Novelle angepasst worden sei. Das Thema betreffe auch die kommunale Selbstverwaltung. Die Entscheidung, ob Bußgeldtatbestände eingerichtet würden, was in der Bioabfallverordnung nicht geregelt sei, obliege den Kommunen. Aus ihrer Sicht unterstütze diese Novelle die kommunale Selbstverwaltung in ihren Entscheidungen.

Der Kreis Minden-Lübbecke habe ein eigenes Abfallentsorgungsunternehmen. Ihr falle die intensive Werbung auf. In jedem Supermarkt werde darauf hingewiesen, was alles nicht in die Biotonne gehöre. Aber das Land sei groß und weit. Es sei durchaus möglich, dass es in anderen Kommunen noch nicht entsprechend umgesetzt werde, um die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren. Wenn diese Novelle ein bisschen dazu beitragen könne, sei das nur begrüßenswert. Wie gesagt, es sei wichtig, dass der Ausschuss darüber einmal gesprochen habe.

Dr. Ralf Nolten (CDU) möchte den letzten Absatz nicht so verstanden wissen, wie er es in einer Anhörung hier mal wahrgenommen habe, dass man durch die Einbeziehung der Eigenkompostierer unbedingt versuche, eine höhere Menge zu erzeugen. Er breche insbesondere für den ländlichen Raum bei der Eigenkompostierung eine Lanze, weil da noch mehr darauf geachtet werde, dass auf dem Komposthaufen kein anderer Abfall lande. Und wenn da die Wege kurz seien, dann mache das Sinn. Den letzten Satz wolle er nicht so verstanden wissen, dass es darum gehe, in quantitativer Hinsicht nicht zulasten derer zu erzeugen, die in der Eigenkompostierung unterwegs seien.

Minister Oliver Krischer (MUNV) führt aus, die Bioabfallverordnung sei erst vor wenigen Tagen in Kraft getreten, nämlich am 1. Mai. Es sei gut, dass es jetzt eine novellierte Bioabfallverordnung gebe. Sie sei eine gute Grundlage dafür, die Kunststoffeinträge in die Umwelt zu reduzieren. Nun gebe es vor allem im urbanen Bereich das Problem, dass in den Bioabfallsammlungen starke Verunreinigungen festzustellen seien, was eine sinnvolle, seit vielen Jahren gesetzlich verankerte Verwertung erschwere. Da zeige die Verordnung neue Möglichkeiten auf.

Nun sei es nicht so – Frau Abgeordnete Winkelmann habe es gerade richtig gesagt –, dass automatisch Bußgelder vorgesehen seien. An der Stelle werde die Möglichkeit geschaffen. Kommunen könnten davon Gebrauch machen. Er kenne aber bisher aus Nordrhein-Westfalen keinen einzigen Fall, in dem eine Kommune darüber nachdenke oder das gar schon gemacht hätte. Er würde auch von einem solchen Instrumentarium eher abraten. Hier sollte man in der Tat – das sei angesprochen worden – über Aufklärung, über Information sprechen.

Er nehme gerne die Anregung des Herrn Abgeordneten Brockes mit, dass man sich von Landesseite aus noch mal überlegen könnte, wo man Punkte setzen wolle, wo man klarstellen könne, dass in die entsprechenden Bioabfall-Sammlungen auch nur Bioabfall gehöre und eben nicht der normale Hausmüll oder Verpackungsmaterial, was am Ende bei der Verwertung die Probleme mache. Es sei ein bisschen schwierig, das von Landesseite aus zu betreiben, weil die Regelungen im Land sehr unterschiedlich seien und man dann immer eine Gratwanderung hinkriegen müsse, die Information so allgemein zu halten, dass sie nicht missverstanden werden könne. Was in der einen Kommune oder in dem einen Kreis ein sehr richtiger Hinweis sein könne, könne in einem anderen missverstanden werden. Die Landesregierung werde sich aber noch mal Gedanken darüber machen, wie man das verbessern könne, wo man noch mehr machen könne.

Was man mache, wo man dauerhaft und ständig unterwegs sei, seien entsprechende Fachveranstaltungen, zu denen die kommunalen Entsorgungsträger eingeladen würden, auf denen der Stand von Wissenschaft und Forschung und auch das, was gesetzlich und in Verbänden diskutiert werde, dargestellt werde. Die Landesregierung fülle die Multiplikatorenfunktion in dem Bereich aus, um alle, die vor Ort daran arbeiteten – sei seien oft mit sehr unterschiedlichen Fragestellungen konfrontiert –, immer auf dem Laufenden zu halten. Das geschehe auch durch regelmäßige Veröffentlichungen. Vor Kurzem seien entsprechende Fachberichte mit dem LANUK zur Getrenntsammlung von Bio- und Grünabfall erstellt worden. Auch das sei eine wichtige Handlungsgrundlage für das, was Kommunen tun könnten.

Neben der Frage der Fehlwürfe gebe es noch eine andere Thematik, die auch, aber nicht in dem Maße von der Novellierung der Bioabfallverordnung adressiert werde, wo man auch weiterhin sehr aktiv sei: Wenn man sich die Einsammlungs- und dann Verwertungsquote in den unterschiedlichen Regionen und Teilen des Landes anschaue, dann sehe man sehr große Unterschiede. Das habe zum einen damit zu tun – Abgeordneter Nolten habe darauf hingewiesen –, dass es in manchen Bereichen Eigenkompostierung gebe.

Es gebe aber auch Unterschiede, die nicht ohne Weiteres erklärbar seien, die nicht mit dem Thema „Eigenkompostierung“ zu erklären seien.

Er verweise auf eine Studie des Verbandes der kommunalen Unternehmen, der deutschlandweit – er glaube, das werde in Nordrhein-Westfalen nicht anders sein – die Restmüllmengen untersucht habe und immerhin noch 39 % Bioabfälle im Restmüll im Durchschnitt in Deutschland festgestellt habe. Das zeige, dass es eine Herausforderung dabei gebe, dass man insgesamt mehr Bioabfälle einsammeln müsse und auch könne, weil diese Bioabfälle ja einen doppelten Nutzen haben könnten: Sie könnten durch die entsprechende Vergärung zur Energieerzeugung genutzt werden. Das finde an vielen Stellen in NRW durch die Entsorgungsträger hier statt. Und die Bioabfälle könnten, wenn sie die entsprechende Qualität aufwiesen, auch im Gartenbau eingesetzt werden.

Insofern arbeite man auch daran, mit der kommunalen Seite zu schauen, wie Einsammlungs- und Verwertungsquoten noch weiter erhöht werden könnten. Auch das sehe man als Aufgabe an, nicht um der Eigenkompostierung das Wasser abzugraben oder sie zu unterbinden. Das sei, wenn sie ordentlich gemacht werde, auch ein sinnvoller Verwertungsweg, überhaupt keine Frage. Er würde sogar sagen: Wenn man das am eigenen Haus ohne Transporte mache, sei das vielleicht sogar besser. Darüber könne man sicher eine Fachdiskussion führen.

Es gehe darum, dass der Bioabfall am Ende nicht in der Müllverbrennungsanlage lande. Das sei für das zuständige Umweltministerium eine Dauerbaustelle, ein Thema seit den 90er-Jahren. Wenn man sich die Fortschritte in der Vergangenheit ansehe, dann sei das, was Bioabfall angehe, eine Erfolgsgeschichte. Man sei in den 90er-Jahren mit einer Million Tonnen gestartet. Inzwischen gebe es 2 Millionen Tonnen. Er sei sicher, da sei in Zukunft noch mehr zu machen, um damit Kreislaufwirtschaft im besten Sinne zu betreiben. Aber dazu gehöre auch, mit den Menschen dazu zu kommen, dass die Fehlwürfe, die Entsorgung von Abfällen und Verpackungsmaterial, die nichts in der Biotonne oder in den anderen Einsammlungsgefäßen verloren hätten, vermieden würden. Und das sei gerade im urbanen Raum eine immer größer werdende Herausforderung.

Er sei sich sicher: Zusammen mit der kommunalen Seite werde man auch da Mittel und Wege finden, das zu reduzieren. Bußgelder wären für ihn da allenfalls eine absolute Ultima Ratio. Wie gesagt, seines Wissens drohe das im Moment nirgendwo in Nordrhein-Westfalen.

Dietmar Brockes (FDP) bedankt sich für die Erläuterungen. Er wisse nicht, wie Kollege Rüße darauf komme, dass er gegen die Verordnung oder gegen die Neuregelung gesprochen hätte. Er sehe hier einfach die Notwendigkeit, den Bedarf für mehr Aufklärung. Er habe den Minister auch so verstanden, dass die Biotonne, dass die Biomasse von der Qualität besser werden müsse und dass man die Potenziale, die da seien, auch nutze.

Minister Krischer habe gesagt, dass er das weiter im Auge habe und dass aus seiner Sicht Bußgelder die Ultima Ratio sein sollten. Es sei sicherlich zu früh, nach wenigen Tagen schon zu sagen, das komme nicht zur Anwendung. Das, denke er, werde man weiterhin beobachten müssen. Für die Freien Demokraten sei es wichtig, dass man die mündigen Bürger informiere, damit sie im Sinne der Verordnung dazu beitragen könnten, das Ziel, die Reduzierung der Kunststoffeinträge in die Umwelt, umzusetzen. Deshalb habe seine Fraktion diese Berichtsanfrage heute hier gestellt.

Norwich Rüße (GRÜNE) erwidert, er hätte sich einfach gefreut, wenn Herr Brockes am Anfang seiner Ausführungen als Erstes festgestellt hätte, wie sinnvoll es sei, um saubere Komposte zu bekommen, dass man diese Verschärfung vorgenommen habe. Jetzt habe er nochmal auf den mündigen Bürger abgezielt. Ja, er stimme zu. Das reiche aber nicht.

Bestimmtes Handeln – da könne man noch so mündig sein – werde trotzdem praktiziert. Die Menschen würden genau überlegen, ob sie von einem Blumenstrauß unten oder von Radieschen das Gummibändchen abmachen sollten oder nicht. Und das habe auch was mit Bequemlichkeit zu tun.

Thema „Dosenpfand“: Wenn er draußen rumfahre, habe er den Eindruck, dass die Zahl der Dosen, die draußen in der Landschaft, oft mit dem Mahdgut der Wegerände herumlägen, abgenommen habe. Wenn nämlich 25 Cent im Spiel seien, dann würden die Dosen mitgenommen. Von daher sei ein bisschen Steuerung schon gut.

In dem Arbeitsblatt 59 des LANUV gebe es einen interessanten Passus zu den abbaubaren Kunststoffbeuteln. Und da könne man sich auch fragen, wie man die Menschen mündig machen wolle, damit sie erkennen könnten, dass diese abbaubaren Kunststoffe für die Abfallbehandlungsanlagen ein Problem seien. Er meine, es wäre besser, einfach zu sagen, das funktioniere nicht, diese Beutel gehörten genauso wie alle anderen Beutel nicht in den Biomüll. Sie gehörten gar nicht in den Verkehr gebracht. Wenn sie nicht kompostierbar seien, dann sei diese Option eine falsche Option.

An der Stelle sei er der Meinung, mündig machen alleine reiche nicht. Da sei die Politik wieder gefordert, Konsequenzen zu ziehen. Das als Ergänzung.

Dr. Ralf Nolten (CDU) berichtet von Erfahrungen aus den 90er-Jahren, als die Biotonne eingeführt worden sei. Er erinnere sich an eine Diskussion im kommunalen Umweltausschuss, als der Entsorger erhöhte Entgelte in Rechnung habe stellen wollen, weil er darauf hingewiesen habe, da seien so viele Fremdwürfe drin, er hätte das Risiko, dass anschließend der Verwerter das gesammelte Material nicht mehr annehme. Dann habe man erwidert, das sei in Ordnung, nachvollziehbar, die Nachweiskette müsse aber schlüssig sein. Danach habe man nichts mehr dazu gehört.

Solange der Biokompost in der Qualität verkauft werde, die Norwich Rüße nicht auf dem Acker haben wolle, werde es schwierig sein, die Kette nach unten hin zum Verursacher, zum Verbraucher schlüssig darzustellen. Der Weinbergkompost früher sei besser gewesen. Man habe sich bei dem Weinbergkompost damals schon gefragt,

was man da noch von dem erkennen könne, was mit Grünabfällen und Lebensmittelabfällen in Verbindung zu bringen sei. Da habe man den Eindruck gehabt, da sei Straßenkehricht drin. Solange diese Mengen in die Richtung abflössen, werde es, wie gesagt, schwierig sein, unten beim Verbraucher die Schrauben anzuziehen. Und das sei eine gute Maßnahme, über die man hier spreche.

3 Aktuelle Waldbrandgefahr und Maßnahmen der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3826

Dietmar Brockes (FDP) bedankt sich für den Bericht. Nun sei die Situation leider so, dass die Waldbrandsaison in diesem Jahr schon sehr frühzeitig begonnen habe. Gott sei Dank! habe sich die Wetterlage jetzt etwas verändert. Aber nichtsdestotrotz glaube er, dass alle der Auffassung seien, dass man hier weiterhin enorm aufpassen müsse und dafür sorgen müsse, dass der Schaden möglichst gering sei.

Auch da sei Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig. Verantwortungsvolles Handeln in den Wäldern würde mit Sicherheit den einen oder anderen Brand auch verhindern. Die Thematik sei auf zwei Häuser aufgeteilt. Er frage, inwieweit das Umweltministerium in Fragen der Waldbrandprävention involviert sei, wie da die Aufgabenverteilung zwischen den Ministerien aussehe. Der Katastrophenschutz sei beim Innenministerium angesiedelt. Er denke, es sei wichtig, dass man hier weiterhin gemeinsam gerade die Kommunen, was die Vorbeugung, was Präventionsmaßnahmen in den Wäldern angehe, unterstütze. Er bitte, den Ausschuss noch mal zu informieren, wie da die Zuordnung innerhalb der Häuser sei.

Zacharias Schalley (AfD) bedankt sich für den Bericht. Er habe zwei Nachfragen zu dem Stichwort „Waldbrandtank-Löschfahrzeuge“. Da lese er in dem Bericht, dass acht baugleiche Waldbrandtank-Löschfahrzeuge den Feuerwehren in NRW beigestellt werden sollten. Nun habe der Landesbetrieb Wald und Holz unter anderem in Arnsberg ein eigenes Waldbrandtank-Löschfahrzeug.

Ihn interessiere, ob das baugleich mit den Löschfahrzeugen sei, die an die Feuerwehren gehen würden und ob weitere Anschaffungen von solchen Fahrzeugen für den Landesbetrieb oder die Regionalforstämter geplant seien, ob es eventuell ein Programm gebe, damit auch Privatwaldbesitzer mit großen Waldflächen so etwas vielleicht subventioniert erwerben könnten.

Julia Kahle-Hausmann (SPD) hat auch ein paar Nachfragen. Zum einen habe es vor zwei Jahren eine Vorlage gegeben, in der auf ein Förderprogramm hingewiesen worden sei, damit Löschteiche in Wäldern erneuert werden beziehungsweise neu angelegt werden könnten. Davon lese sie in diesem Bericht nichts mehr. Sie frage, ob sich die Thematik „Löschteiche“ damit erledigt habe oder ob das weiter in Angriff genommen werde.

Zu dem TLF 3000, von dem Herr Schalley gerade gesprochen habe, wüsste sie gerne, ob die Tanklöschfahrzeuge alle im Jahr 2025 ausgeliefert würden, und wo sie stationiert würden. Sie würden ja nicht alle auf einem Fleck bleiben, sondern würden wahrscheinlich strategisch günstig im Land verteilt. Sie frage, ob gesagt werden könne, wo

die Tanklöschfahrzeuge hinkämen. Die THW-Sektionen würden sich möglicherweise auch für die Aufstellungen der Löschfahrzeuge interessieren, um die Feuerwehren zu optimieren.

Als Letztes werde der Löschhubschrauber thematisiert. Sie frage, ob das ein Löschhubschrauber aus NRW sei, wo man den finde und ob man sich in NRW immer noch Löschflugzeuge aus anderen Bundesländern, respektive Anrainerstaaten, ausleihe.

Stephan Wolters (CDU) führt aus, der Bericht fasse das zusammen, was in dem Bereich schon gemacht werde. Er sehe die Situation bei Weitem nicht so kritisch wie Kollege Brockes. Zunächst zur Sachverhaltsfeststellung: So ungewöhnlich sei es nicht, wenn man im Frühjahr bereits mit Problemsituationen zu kämpfen habe. Bevor der erste Vegetationsschub komme, die Begrünung noch nicht eingesetzt habe, aber es eine Trockenperiode wie zum Beispiel im März mit ausfallenden Niederschlägen gebe, sei die Waldbrandgefahr größer.

Nach dem, was das Ministerium hier aufgelistet habe, sei er aber ein Stück beruhigter. Wenn man die Maßnahmen untereinander setze, die das Ministerium schon ergriffen habe, wie Brandgeschehen bis dato abgewickelt worden seien, dann werde deutlich, dass es funktioniere. Nun habe es 25 Brandgeschehen bis zum 25. April dieses Jahres gegeben, bei denen die Durchschnittsgröße vielleicht einen Hektar betragen habe. Da habe man schnell reagiert, um die Gefahrenherde auszuschalten. Das sei schon mal eine Hausnummer. Das sei viel wert.

Nun seien unterschiedliche Häuser zuständig, was er nicht dramatisch finde, ganz im Gegenteil. Das, was das Ministerium hier aufzeige, die länderübergreifende AG „Nationaler Waldbrandschutz“ oder die Etablierung von bestimmten Verfahren für die Gefahrenprävention, die schnelle Kommunikation zwischen den Beteiligten, also mit den Feuerwehren und den Forstverwaltungen, all das zeige, dass das System gut funktioniere.

Er freue sich auch darüber – das Ministerium habe es nun mal aufgelistet, deswegen dürfe er auch was dazu sagen, er komme aus einer Region am Niederrhein, die von dem Hause als besonders gefährdet bezeichnet werde –, dass man dort die kameragestützte Waldbrandüberwachung in einem Pilotprojekt erprobe. Das FireWatch-System sei im März in Betrieb genommen worden. Von daher sei der Zeitraum zu kurz, um jetzt schon ein Resümee zu ziehen.

Wenn er dann noch sehe, dass die Beschaffung der Tanklöschfahrzeuge in die Wege geleitet worden sei, dann zeige das wiederum, dass in dem Bereich sehr viel passiere. Die Berichtsanfrage der FDP sei gut gewesen. So könne der Ausschuss sehen, was in dem Bereich schon alles gemacht werde. Er würde da nicht die Problematik darin sehen, dass unterschiedliche Häuser zuständig seien. Gerade beim Katastrophenschutz, der weit über das Thema „Waldbrandgeschehen“ hinausgehe, bestehe eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Häusern. Er bedanke sich beim Ministerium dafür, wie hier gehandelt werde.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) bedankt sich seitens der grünen Fraktion für den Bericht. Wenn man als Letzter an der Reihe sei, seien schon viele Fragen gestellt oder Anmerkungen gemacht worden. Die Frage, wo die Fahrzeuge stationiert werden sollten, würde ihn auch interessieren. Aber das werde man sicherlich gleich hören.

Er nutze aber die Gelegenheit, auf drei Sachen einzugehen. An Herrn Brockes gewandt, fährt der Redner fort, ihm sei nicht bekannt, dass die Zuständigkeiten für den Wald über mehrere Häuser verteilt seien. Nach seinem Wissen liege die im MLV. Wie Herr Wolters gerade schon ausgeführt habe, sei der Katastrophenschutz eine umfassendere Aufgabe. Wenn es dann um Fragen des Waldes gehe, sei das MLV sicherlich daran beteiligt und werde bei Waldbrand oder anderen Katastrophen im Wald herangezogen und habe dazu – das werde hier dargestellt – die Möglichkeit, mit technischem Equipment auszurücken.

Er glaube auch, dass es nicht zu verharmlosen sei, wie viele Brände mit welcher Durchschnittsgröße es seien. Es habe mindestens einen größeren Brand im Raum Sundern, Hochsauerlandkreis mit vier bis fünf Hektar gegeben. Das sei schon eine größere Nummer gewesen, die auch gefährlich gewesen sei. Er denke, da sollte man sich nicht täuschen. Man werde dieses Risiko und auch die Realität von Waldbränden nicht durch technische Einrichtungen in den Griff bekommen. Sie könnten Notfalllösungen sein, wenn etwas passiere, dass dann eingegriffen werden könne. Dafür sei es richtig und gut.

Er sehe, dass das Land eine ganze Menge in dieser Hinsicht mache. Er glaube, die entscheidenden Sätze in dieser Beantwortung stünden im letzten Absatz. Dort würden zwei Maßnahmen angekündigt, nämlich erstens die Verhinderung von Waldbränden, insbesondere dadurch, dass man die Bevölkerung aufkläre, dass man darstelle, wie gefährlich es sei, im Sommer oder im Frühjahr mit dem Auto, was man sowieso nicht tun sollte, in den Wald zu fahren, das irgendwo abzustellen. Dazu gehörten all die anderen Dinge, die dazu führen würden, dass Waldbrände ausbrächen.

Nach seiner Kenntnis würden zwischen 80 % und 95 % der Waldbrände durch unsachgemäßes Verhalten von der Bevölkerung ausgelöst. Da könne das technische Equipment noch so gut sein, das das Land zur Verfügung stelle. Man werde die Waldbrände nicht verhindern können, zumindest nicht auf technische Art und Weise. Sie würden durch Unachtsamkeiten ausgelöst. Da gelte es anzusetzen.

Der zweite, noch entscheidendere Punkt sei der Waldbau, nämlich genau da anzusetzen, dass waldbaulich alles getan werde, um Waldbrandrisiken durch einen vielfältigen Waldbau, durch mehrschichtige Wälder zu verringern. Das schließe nicht aus, dass im Frühjahr, bevor die Vegetation beginne, Waldbrände ausgelöst würden. Aber es reduziere das Risiko maßgeblich nach dem ersten Ausbruch der Vegetation ab Mai. Und daher glaube er, dass diese letzten zwei Sätze hochgehalten werden sollten und immer wieder auch von den Politikerinnen und Politikern kommuniziert werden müssten, wenn man vor Ort sei, um genau das zu erreichen: weniger Waldbrände.

Wenn welche entstünden, müsse man mit der technischen Ausstattung, die da sei, dagegen vorgehen und dafür sorgen, dass möglichst wenig Schaden angerichtet werde.

Letzter Satz: Hervorzuheben seien aus seiner Sicht auch die Landwirte in den Regionen, die ihre Güllefässer im Sommer bereitstellen würden, in denen Wasser gebunkert werde, wenn sie im Betrieb gerade nicht gebraucht würden, um dann schnell auszurücken und die Feuerwehr zu unterstützen. Denn die Landwirte hätten die Ortskenntnis vor Ort. Sie könnten mit den Güllefässern mit einer Kapazität von drei bis zehn Kubik schnell mal einspringen und dafür sorgen, dass die Feuerwehr, die häufig ehrenamtlich unterwegs sei, eine gute Unterstützung bekomme. Er denke, das sollte man stärken und immer wieder erwähnen.

Dr. Ralf Nolten (CDU) hat die Hoffnung, dass da mittlerweile nicht nur Marke Eigenbau unterwegs sei, sondern dass da auch entsprechende Anschlüsse da seien, die die Dinge dann auch kompatibel gestalten würden. Er kenne draußen auf der Fläche nur die Marke Eigenbau. Die funktioniere auch. Aber für weitere Verbreitungen wäre es gut, wenn es da auch technische Lösungen gäbe, die käuflich zu erwerben wären.

Er knüpfe beim Dank des Kollegen Wolters an. Es werde deutlich, dass das Land da sehr viel mache. Im letzten Absatz stehe der Hinweis an die Bürger. Der sei richtig, der müsse gegeben werden. Als Kommunaler müsse er darauf hinweisen, dass die Kommunen die Brandschutzbedarfspläne hätten und dass man auch eine entsprechende Ausstattung der Feuerwehr brauche. Die Erkenntnis sei bei den Feuerwehrverbänden gereift, dass man mit einer üblichen Feuerwehrkluft am besten nicht zur Brandbekämpfung einen Waldhang hochrennen sollte. Es könnte nämlich gut sein, dass oben keiner mehr da sei, der den Schlauch halten könne. Da brauche man ganz andere, leichtere Kluften, ganz andere Ausstattung, um darin arbeiten zu können. Das sei allerdings dann auch kommunale Zuständigkeit. Das sollte man soweit festhalten.

Aus dem eigenen Erleben heraus in einem Waldstück, das auch der Herr Umweltminister sehr gut kenne, in Düttling, wisse er, dass es meist da die Funklöcher gebe, wo wenig Menschen wohnen würden. Wenn er hier von einer schnellen Kommunikation zwischen Feuerwehr und Forstverwaltung lese, dann setze diese schnelle Kommunikation voraus, dass jemand in der Lage sei, einen entsprechenden Notruf oder Anruf abzusetzen.

Wenn es dann sieben Jahre brauche, bis bei der Landeszentrale für Polizeiliche Dienste, beim LZPD, Lücken im Netz geschlossen würden in den Waldbereichen, dann, glaube er, habe man da eine Herausforderung, stärker darauf gucken zu müssen, dass man die Abdeckung im Netz insgesamt bei den Waldflächen bekomme.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) hält fest, es seien viele Punkte angesprochen worden. Der Bericht mache deutlich, wie wichtig dieses Thema der Bekämpfung der Waldbrandgefahr, aber auch der Waldbrände sei. Nun habe man wieder ein sehr trockenes Frühjahr. In den letzten beiden Jahren sei das Frühjahr sehr nass gewesen. In diesem Jahr sehe es ganz anders aus. Von Februar bis April seien so gut wie keine Niederschläge

zu verzeichnen gewesen. Es habe Waldbrände gegeben. Bis zum 24. April seien insgesamt 22 Brände durch die Kreisleitstellen gemeldet worden. Dabei sei eine Fläche von rund 20 ha verbrannt. Somit habe die durchschnittliche Brandfläche bei unter einem ha pro Waldbrand gelegen. Größere Waldbrände habe es unter anderem in Sundern mit 2 ha, Lindlar 3,5 ha, auch Overath mit 4,4 ha gegeben.

Dadurch, dass die Zusammenarbeit zwischen Forstverwaltung und den Feuerwehren hervorragend laufe, habe es ein sehr schnelles und optimales Eingreifen gegeben. Die Ausbreitung der Brände auf dann größere Flächen habe verhindert werden können. Die Brände seien allesamt schnell entdeckt und gemeldet worden. Das Waldbrandkonzept, das sie zusammen mit Herbert Reul im Sommer 2022 vorgestellt habe, werde umgesetzt.

Die Zusammenarbeit zwischen Förstern und Feuerwehren – im ländlichen Raum seien es zumeist ehrenamtliche Feuerwehren – laufe sehr gut. Man schaue sich gemeinsam die Flächen an, überlege, wie man einen Brandfall im Fall der Fälle bekämpfen müsse, erstelle örtliche Managementpläne, was es vorher in der Form und in dem Umfang nicht gegeben habe. Das sei alles sehr gut angelaufen. Da leisteten auch die Ehrenamtler hervorragende Arbeit.

Als sie vor etwas mehr als zweieinhalb Jahren ins Amt gekommen sei und es die ersten Waldbrände in ihrer Amtszeit gegeben habe, hätten ihr die Feuerwehren gesagt, die Leute seien überhaupt nicht für die Bekämpfung von Waldbränden ausgebildet. Die Waldbrände habe es vorher nicht gegeben. Sie seien ja ein Ergebnis dieser Dürre-Jahre. Und da tue sich eine Menge. Es gebe die länderoffene Arbeitsgruppe „Nationaler Waldbrandschutz“, die sich dazu verhalten habe, wie man bundesweit die Feuerwehren schule, damit eine effektive Waldbrandgefahr unterdrückt werden könne, man Waldbrände schnell in den Griff bekomme, wobei man auch zusehe, dass die Feuerwehrleute gesund und am Leben blieben.

Auch das gehöre zu den Ausbildungen dazu. Die Bekämpfung von Waldbränden sei eine hochgefährliche Angelegenheit für die Menschen, die da im Einsatz seien.

Abgeordneter Wolters habe das FireWatch-System angesprochen. Am Niederrhein werde dieses System in einem Pilotprojekt erprobt. Da würden entsprechende Ergebnisse gesammelt. In manchen Bundesländern habe man auch schon Ergebnisse gesammelt, wo es wesentlich mehr Waldfläche gebe. Das werde geschaut, inwiefern die Möglichkeit bestehe, das aufs Land weiter auszudehnen. Das sei ein sehr gutes System. Man müssen schauen, ob das zum Beispiel auch für gebirgigere Regionen tatsächlich machbar sei, weil das mit der Peilsendung da nicht ganz so gut funktioniere. Man brauche eine sehr schnelle Erkennbarkeit. Auch die Niederländer seien mit dabei, hätten ein großes Interesse.

Das heiße, im Grenzwald bestehe das Interesse, dass man diese FireWatch-Systeme international ausweite, auf niederländischem Gebiet in der Region De Mainweg beispielsweise. Das sei eine Region zwischen Roermond und der deutschen Grenze. Also da tue sich im Moment wirklich viel, auch in der Zusammenarbeit mit den Feuerwehren, die international in der Grenzregion aufgestellt seien.

Zu den Fragen, zunächst zu der Regelung der Zuständigkeiten: Die Zuständigkeiten für die Bekämpfung von Waldbränden lägen beim Innenministerium und im MLV. Das MUNV sei an der Stelle nicht mit beteiligt. Aber mit den Konzepten werde der Nationalpark geschützt. Waldbrand laufe über das Innenministerium und über das MLV. Das Innenministerium sei in erster Linie für den Katastrophenschutz, für die Feuerwehren zuständig. Da liefen der Austausch und die Zusammenarbeit wirklich sehr gut. Das betreffe die Frage des Abgeordneten Brockes.

Dann habe Herr Schalley gefragt, ob das baugleiche Fahrzeuge seien, insbesondere auch das Fahrzeug, das bereits im Einsatz sei, der sogenannte Firefighter, der vorgestellt worden sei. Hinzu kämen andere Fahrzeuge. Dazu könne Herr Dr. Petercord gleich genauere Angaben machen, auch dazu, wo die im Einzelnen eingesetzt werden sollten. Der Harvester der Marke Eigenbau sei vielleicht eine Marke Eigenbau, wie Abgeordnete Nolten sage, aber es sei eine tolle Marke Eigenbau, weil der Harvester für unterschiedliche Arbeiten gebraucht werden könne und in enorm steilem Gelände auch greife und laufen könne. Da werde der Wassertank mit einer enormen Menge von Wasser aufgesattelt.

Die Fahrzeuge, die jetzt bestellt worden seien, seien straßentaugliche Fahrzeuge, also keine Maschinen in dem Sinne für Waldarbeiten.

Frau Kahle-Hausmann habe nach den Löschteichen gefragt. Bei den Löschteichen habe es nach ihrer Erinnerung eine Ertüchtigung gegeben. Auch seien einige Löschteiche in Nordrhein-Westfalen neu angelegt worden. Man schaue sehr genau in der Region mit den dortigen Feuerwehren und Förstern, die im Einsatz seien, wo Löschteiche tatsächlich Sinn machen würden, oder ob man als Beispiel Wasservorräte vielleicht an Parkplätzen lagere. Das sei gerade alles in der Bearbeitung, denn es müsse nicht immer ein Löschteich sein. Man könne die Dinge auch anders machen. Vor allem müsse es eine schnelle und gute Möglichkeit geben, Zugang zu Wasser zu bekommen. Sie bitte, Herrn Dr. Petercord oder Herrn Hartmann zu ergänzen.

Der Hubschrauber gehöre dem Innenministerium. Das MLV habe jedenfalls keinen Hubschrauber. Herr Reul habe ihr mal erklärt, für die Löschflugzeugen müsse es Möglichkeiten zur Wasserentnahme geben, dass sie Wasser ziehen könnten und dann weiterflögen. Diese baulichen Möglichkeiten oder diese Strecken habe man hier nicht.

Löschflugzeuge – das sei mal in der politischen Diskussion gewesen – machten hier keinen Sinn, weil die hier nicht zum Einsatz kommen könnten, wenn sie das richtig in Erinnerung habe. Wo die Fahrzeuge stationiert seien, dazu könne sicher Herr Dr. Petercord Auskunft geben.

MR Dr. Ralf Petercord (MLV) ergänzt, der Einsatz von Löschflugzeugen – da habe die Ministerin vollkommen recht – mache in Nordrhein-Westfalen keinen Sinn, weil man es sich auch gar nicht leisten könne, einen Brand so groß werden zu lassen, dass man Löschflugzeuge einsetzen müsste. Wenn so ein Brand passieren würde, dann müssten sehr viele Leute evakuiert werden. Das sollte hier nicht passieren.

Er sei ausgesprochen dankbar für die Frage. Das Thema „Waldbrand“ stehe im Fokus. Es sei wichtig, dass die guten Ergebnisse, die man jetzt zeigen könne, weiterhin so blieben.

Zu den Löschteichen: Neun seien ertüchtigt worden, einer sei neu gebaut worden. Da die Löschteiche manchmal in den Bereich des Umweltministeriums fielen, würden keine mehr gebaut. Denn wenn sie zu Biotopen geworden seien, sei die Ertüchtigung ausgesprochen aufwendig und schwer. Sie kosteten viel. Die Ertüchtigung habe auch sehr viel gekostet. Ein Teich habe 110.000 Euro gekostet, weil das eingeschlämmte Material der letzten 50 Jahre als Sondermüll habe entsorgt werden müssen. Das sei wirklich etwas, was einfach nicht funktioniere. Man werde andere Möglichkeiten der Wasserversorgung im Wald versuchen. Da sei man schon ganz gut.

In Waldinfo.NRW seien alle Entnahmestellen für Wasser eingestellt. Darauf hätten die Feuerwehren Zugriff. Alle Hydranten seien vermerkt. Auch würden mobile Wassercontainer aufgestellt, die die Möglichkeit böten, im Wald die Wasserversorgung zu verbessern. Die Wasserversorgung sei natürlich immer noch ein Problem, an dem man arbeiten müsse. Aber es sei natürlich nicht möglich, alle 500 Meter große Mengen an Wasser zu lagern. Das sei auch unrealistisch. Das werde immer ein Problem sein.

Die Frage zu den Standorten könne er tatsächlich nicht beantworten. Da müsse er auf das Innenministerium verweisen. Sie wüssten das. Sie hätten die Zuarbeit geleistet. Er wisse auch nicht genau, wann sie ausgeliefert würden, ob sie alle zeitgleich ausgeliefert werden. Er gehe davon aus, dass sie alle 2026 ausgeliefert würden. Die Antwort müsse man nachliefern.

Zacharias Schalley (AfD) erkundigt sich, ob die Beschaffung weiterer Firefighter geplant sei, damit diese flächendeckend auch in Regionen mit hohen Steillagen zur Verfügung stünden. Zudem wüsste er gerne, ob es weitere Initiativen gebe, solche Geräte bei den Forstverwaltungen im Zuständigkeitsbereich des Landwirtschaftsministeriums anzuschaffen, nicht bei den Feuerwehren.

MR Dr. Ralf Petercord (MLV) führt aus, der Firefighter sei in diesem Jahr noch nicht eingesetzt worden. Er sei tatsächlich dafür gedacht, wenn größere Waldbrände in unwegsamem Gebiet entstünden. Tatsächlich wäre es gut, wenn man noch einen weiteren oder vielleicht auch zwei einsetzen könnte, um den Transport in die Regionen zu vereinfachen. Das sei aber noch nicht geplant, weil man jetzt erst mal sehen müsse, in welchem Umfang er überhaupt zum Einsatz komme.

René Schneider (SPD) hält fest, jetzt habe man sehr viel über die Wälder gesprochen, die in der Hoheit von Frau Ministerin Gorißen seien. Aber der Umweltminister habe ja jetzt auch einen Wald, den Nationalpark. Er wüsste gerne, wer sich da im Falle eines Waldbrandes kümmere. Das sei en passant gerade mal kurz bei Ministerin Gorißen angeklungen. Es werde in dem Bericht nicht angesprochen, wer da zuständig sei. Er denke, gerade in diesen Umbruchzeiten sei die Zuständigkeit ein wichtiges Thema, dass da nicht irgendwas unter den Tisch falle.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) wiederholt, sie habe am Anfang gesagt, dass die Zuständigkeiten beim IM und beim MLV lägen. Natürlich kümmere sich ihr Ministerium im Falle des Waldbrandes auch um den Nationalpark. Dafür müsse nicht das Umweltministerium extra planen, sondern das mache ihr Ministerium. Das sei eine Angelegenheit der Hoheit.

Minister Oliver Krischer (MUNV) macht darauf aufmerksam, dass es auch in Nordrhein-Westfalen viele verschiedene Waldbesitzarten gebe. Er überschreite jetzt seine Kompetenz. Insofern sei das überhaupt nichts Ungewöhnliches. Für den Nationalpark würden die gleichen Regeln gelten wie für alle anderen Waldgebiete auch.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) hat noch eine Detailnachfrage zum Firefighter, über den gerade gesprochen worden sei. Wenn er es richtig in Erinnerung habe, sei es ein mobiler Container, der auf den Forwarder draufgepackt werden könne. Ihn interessiere, ob der Forwarder mit transportiert werden müsse, ob dieser Firefighter quasi auf jeden Forwarder aufzubauen, aufzusetzen sei, sodass dieser Container quasi einfach nur durchs Land geschickt werde, oder ob es ein Komplettsystem inklusive Fahrer, Fahrerin sei, die dann mit müssten.

MR Dr. Ralf Petercord (MLV) antwortet, genauso sei es. Es sei tatsächlich ein Komplettsystem. Tatsächlich müsse der Forwarder so aufgebaut werden, dass er diesen Container auch aufnehmen könne. Man müsse also den Forwarder mit transportieren.

Dr. Ralf Nolten (CDU) meint, wenn das Löschboot des Umweltministeriums auf einer der Ruhrtalsperren sei, könne er auch selber aktiv eingreifen. Er wolle nach der Netzabdeckung fragen. Das sei eben kein scherzhafter Hinweis gewesen, sondern seinerzeit sei er aufgrund des Stadtbrandmeisters aktiv geworden. Es habe sieben Jahre gedauert, bis an dieser Stelle die entsprechende Abdeckung da gewesen sei.

Das sei keine Böswilligkeit der Landeszentrale für Polizeiliche Dienste gewesen, sondern es seien noch so viele weiße Flecken. Er frage, ob man im Blick habe, dass man in den Waldarealen, die, wie gesagt, normalerweise nicht im Fokus der Netzabdeckung stünden, weiter vorankomme. Ansonsten werde man aufgrund der Lücken die Kommunikationsstrukturen nicht aufrechterhalten können.

StS Dr. Martin Berges (MLV) erwidert, landesweit betrage die Netzabdeckung inzwischen 98 %. Es gebe auch zwischen Großstädten weiße Flecken, wo man plötzlich stehe und feststelle, dass man da nicht telefonieren könne. Das gebe es sicherlich im ländlichen Raum an der einen oder anderen Stelle. Über das Thema „Mobilfunk“ sei man im Austausch mit dem MWIKE, das bei der Frage der landesweiten Versorgung federführend sei. Da gebe es entsprechende Pläne, wo Funkmasten aufgestellt würden.

Er könne im Moment nicht erkennen, dass das in Nordrhein-Westfalen ein großes Problem wäre. Aber man sei natürlich an dem Thema dran, weil die Frage der Netzabdeckung landesweit wichtig sei. Es habe dazu mit dem MWIKE ein Gespräch

gegeben, weil es auch eine Frage sei, ob man auf Staatswaldflächen Funktürme aufstellen könne, um diese wenigen weißen Flecken zu versorgen. Aber da sei man dran. Aber es gebe schon eine sehr hohe Netzabdeckungsquote. Er könne jetzt nicht den genauen Prozentsatz nennen. Aber die letzten freien Stellen würden sicherlich auch geschlossen.

Dietmar Brockes (FDP) gibt zu bedenken, gerade in den Grenzwäldern entlang des Niederrheins gebe es nicht nur kleine weiße Flecken, sondern da gebe es das Problem, dass weite Teile der Wälder dort nicht erreichbar seien, nicht nur wegen der Waldbrandgefahr, sondern auch, wenn es um ärztliche Notfälle gehe. Er bitte, im Austausch mit dem MWIKE nach Lösungen zu suchen. Da sei die Netzabdeckung nämlich mangelhaft.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, das sei im Ministerium angekommen.

4 Förderstopp für Waldumbau in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3833

In Verbindung mit:

9 Förderprogramme für die Wald- und Forstwirtschaft: Wer, was, wie und wie viel wird gefördert? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3833

Vorsitzende Dr. Patricia Peill verweist auf den schriftlichen Bericht zu TOP 4 und TOP 9 – Vorlage 18/3833.

Dietmar Brockes (FDP) bedankt sich für den Bericht, auch wenn er für zwei Tagesordnungspunkte sehr dünn ausfalle. Das Thema „Wiederbewaldung“ habe in der Vergangenheit schon häufiger eine Rolle gespielt. Man sei sich einig gewesen, dass nach den Jahren der Dürre gerade bei den großen Kalamitäten die Wiederbewaldung zwingend notwendig sei.

Im letzten Jahr habe es die Situation gegeben, dass die Prämien entsprechend ausgesetzt worden seien. Er habe gehofft, dass sich das nicht wiederholen würde, weil alle die Notwendigkeiten hier sehen würden. Umso mehr sei er überrascht, als er in der Zeitung vom BDF NRW gelesen habe, dass hier praktisch wieder die Förderung komplett ausgesetzt worden sei. Er frage, ob es zutreffe, dass alles, was nicht bereits im letzten Jahr beantragt worden sei – da hätten die Mittel schon nicht ausgereicht, um alle Anträge zu bedienen –, nicht gefördert werde, also dass dieses Jahr keine neuen Anträge gestellt werden könnten oder ob es noch ein Programm gebe, über das Fördermittel abgerufen werden könnten.

Julia Kahle-Hausmann (SPD) gibt an, sie habe es nicht so verstanden, dass es einen Förderstopp wie im letzten Jahr gegeben habe. Die Fördertöpfe seien schlicht leer gelaufen. In der letzten Ausschusssitzung habe sie das Thema bereits aufgegriffen und verschiedene Fragen formuliert. Diese Fragen seien eingereicht worden. Im Vergleich zur Qualität der letzten Berichte aus dem MLV sei sie jetzt bitter enttäuscht über das, was hier vorliege.

Nicht eine einzige Frage sei vernünftig beantwortet worden. Es seien sachliche Fragen nach der Höhe der Fördermittel, nach den Titelgruppen gestellt worden. Dann habe ihre Fraktion gefragt, wer die Fördermittel zur Wiederbewaldung beantragt habe, aufgegliedert nach Betriebsgröße der Forstbetriebe. Es sei eine sachliche Frage nach der Herbstpflanzung gestellt worden, ob da noch etwas übrig sei. Davon lese sie nichts in

dem Bericht. Sie frage, ob die Fragen nicht vorgelegen hätten oder ob das MLV jetzt wie Minister Krischer vorgehe.

Markus Höner (CDU) bedankt sich für den Bericht. Er teile das von Herrn Brockes gezeichnete Bild nicht. Jetzt habe der Ausschuss einen kurzen Bericht bekommen. Er verweise allerdings auf den Bericht Vorlage 18/3788 vom 08. April 2025, der den aktuellen Stand der Unterstützung der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer beim Wiederaufbau der Wälder zum Inhalt habe.

Aus der Summe dieser Informationen kann man den Schluss ziehen, dass das Haus viele gute Sachen erarbeitet habe. Wenn man für dieses Jahr schon sagen könne, dass 16 Millionen Euro in den Wald geflossen seien, dann gebe das genau diese Erfolgsbilanz der Förderung wieder und zeige letztendlich, dass das Geld da ankomme, wo es gebraucht werde. In der Summe sei das sogar noch ein Vielfaches mehr als das, was in den Haushalt eingestellt worden sei. Er nutze die Gelegenheit, um die Waldförderung als Erfolgsmodell darzustellen.

In vielen anderen Bereichen sei es auch so: Wenn die Fördergelder schnell abflössen, dann zeige das auch, wie gut und wie wichtig die Förderangebote seien. Er bedanke sich beim Haus, das die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer bei der Wiederaufforstung von Kalamitätsflächen unterstütze.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) bittet einmal aufzulisten, wieviel der 16 Millionen Euro, die in diesem Jahr ausgegeben worden seien, GAK-Mittel gewesen seien und wieviele ureigene Landesmittel.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) führt, an Herrn Brockes gewandt, aus, zunächst einmal müsse man das nochmal vom Kopf auf die Füße stellen. Es sei nichts peinlich daran, dass man manche Anträge, die jetzt reingekommen seien, nicht mehr positiv bescheiden könne, weil nicht genug Geld da sei. Fördertöpfe hätten es an sich, dass ein Fördertopf eine gewisse Menge an Fördergeld beinhalte. Und wenn der leer sei, sei der leer.

Das gelte für den Wald genauso wie für andere Fördertöpfe, die es auch gebe. Sie persönlich habe sich sehr darüber gefreut, dass die Förderung vom Waldbesitz so gut angenommen worden sei, dass der Topf auch ordentlich leer gezogen worden sei. Es sei oft kritisch gesagt worden, da seien immer noch Millionen, warum die nicht abflössen. Man müsse etwas tun, damit das Geld in den Wald komme. Sie erinnere sich gut daran.

Bei den Förderungen seien Anpassungen vorgenommen worden, auch in Absprache mit Verbänden. Man habe die Förster gefragt. Man habe angepasst und, und, und. Die Förderrichtlinien seien so weiterentwickelt worden, dass der private Waldbesitz gesagt habe, man gehe jetzt in die Wiederaufforstung hinein. Für sie gebe es nichts Schöneres, als sagen zu können, diese Förderung, die das Land anbiete, sei ein Erfolg. Das Geld fließe unter anderem in Bäume, aber auch in Wegebau und in den letzten Jahren

in die Aufräumarbeiten, die erstmal notwendig gewesen seien, damit man überhaupt Anpflanzungen habe vornehmen können. Es sei schon ein bisschen witzig, wenn sie überlege, dass sie sich vor einiger Zeit habe rechtfertigen müssen, warum im Fördertopf noch Geld sei, während sie sich jetzt dafür rechtfertigen solle, warum sie kein Geld mehr im Fördertopf habe. Jetzt sei eine Vielzahl von Anträgen für die Frühjahrspflanzung gekommen. Die Anträge hätten seit Dezember gestellt werden können, weil man seinerzeit gesagt habe, man wolle den Waldbesitzern sehr früh die Möglichkeit geben, Klarheit zu schaffen, ob sie Gelder bekämen, um auch in die Frühjahrspflanzung zu gehen.

Ab Dezember bestehe die Möglichkeit, Anträge zu stellen. In diesem Jahr sei das Geld noch nicht abgeflossen, aber es seien die Bewilligungen ausgesprochen worden. Man habe auch zugesehen, dass man bei sämtlichen Anträgen, bei denen man im Rahmen des Verfahrens den vorzeitigen förderunschädlichen Maßnahmenbeginn erlaubt habe, die Gelder entsprechend zur Verfügung habe stellen können. Von daher gehe es jetzt darum, dass die Gelder abflössen.

Nach der Bewilligung heiße: Wenn man Förderungen bewillige, wenn entsprechende Bescheide raus seien, dann müssten natürlich auch Taten folgen. Und manchmal sei es so, dass man Gelder bewillige, und dann werde die Maßnahme aus verschiedenen Gründen doch nicht umgesetzt, nicht jetzt oder erst später. Und da könne sie aktuell nicht sagen, ob diese 16 Millionen Euro, die bewilligt worden seien, komplett abflössen oder ob vielleicht auch etwas liegen bleibe, weil manche Maßnahmen noch nicht umgesetzt werde und das Geld dann doch nicht abfließe. Die nächsten Wochen und Monate würden zeigen, ob noch weiter bewilligt werden könne.

Aktuell müsse sie aber sagen: Nach dem jetzigen Stand sei das Geld aufgebraucht, seien die Mittel vom privaten Waldbesitz abgegriffen worden. Das sei insofern erstmal eine gute Nachricht. Es sei ein erfolgreiches Förderprogramm. So und nicht anders müsse man das ihrer Auffassung nach sehen. Wenn man schaue, wie stark das Land den privaten Waldbesitz unterstütze, der gerade in den letzten Jahren enorm gelitten hat, aufgrund der Schäden, die durch Dürreperioden, durch Borkenkäferbefall eingetreten seien, wenn man schaue, wie viele Kalamitätsflächen es im Land gebe, dann werde deutlich, welch große Aufgabe es sei, die Wiederaufforstung durch den privaten Waldbesitz weiter voranzutreiben, natürlich auch auf den Staatswaldflächen.

Es sei eine Menge Geld in den letzten Jahren von Seiten des Landes in den privaten Waldbesitz zur Unterstützung geflossen. Die Zahlen seien im Einzelnen geliefert worden. So viel erst mal dazu.

An Abgeordnete Kahle-Hausmann gerichtet, fährt die Ministerin fort, das Ministerium versuche immer, Berichte zu schreiben, in denen die Fragen der Fraktionen ausreichend beantwortet würden. Es habe jetzt viele Fragen gegeben, die sehr ins Detail gegangen seien. An der Stelle könne man vielleicht das eine oder andere noch mal nachliefern, weil man das auch erst mal nachhalten müsse. Man kriege das nicht immer alles sofort aufgedröselt und geliefert.

Aber die Ausschusssitzung sei ja die Gelegenheit, die eine oder andere Frage, soweit man das auch jetzt schon könne, zu beantworten. Was die Zahlen, insbesondere die anteiligen Bundesmittel, angehe, bitte sie, dem Landesforstchef, Herrn Hartmann, das Wort zu erteilen.

MDgt Daniel Hartmann (MLV, Leiter der Landesforstverwaltung) kommt zunächst auf die Bundesmittel zu sprechen. Von diesen 16 Millionen Euro, die in diesem Jahr noch verausgabt werden könnten, seien etwa 3,4 Millionen Euro Bundesmittel, GAK-Mittel.

Herr Brockes habe gefragt, wie sich diese Mittel auf die Maßnahmen aufteilen würden. Diese 16 Millionen Euro teilten sich wie folgt auf: auf die Initialbegründung mit 2 Millionen Euro, die Wiederbewaldung im Standardverband mit knapp 12 Millionen, nämlich 11,95 Millionen Euro. Die Wiederbewaldungsprämie mache einen Anteil von 1,5 Millionen Euro aus. Weitere Maßnahmen kämen hinzu. Mit 600.000 Euro würden noch verschiedene andere Maßnahmen rund um die Wiederbewaldung gefördert. Insgesamt komme man damit in diesem Jahr auf eine wiederbewaldete Fläche von 5.110 ha.

Frau Kahle-Hausmann habe nach den Titelgruppen gefragt. Die Titelgruppen, aus denen diese Maßnahmen finanziert würden, seien Titelgruppe 78 „Wiederaufforstung der Wälder gemäß ‚Schmallenberger Erklärung'", die Titelgruppe 75 und auch die Titelgruppe 76. Dort seien die GAK-Mittel entsprechend verankert. So viel vielleicht zunächst mal zu den Rahmendaten für diese 16 Millionen Euro in diesem Jahr.

Dietmar Brockes (FDP) führt aus, er könne der Schönrederei von Frau Ministerin leider nicht zustimmen. Sie habe gerade selber gesagt, dass man bei den privaten Wäldern noch große Herausforderungen habe. Dann sei es zwar schön, wenn der Fördertopf aufgebraucht sei; aber das mache deutlich, dass man noch weitaus größere Fördermengen hier benötige. Und das sei eben der Punkt. Wie gesagt, man habe Aufholbedarf. Alle seien sich sicher bewusst, dass hier mehr geschehen müsse als in normalen Zeiten.

Er frage, ob jemand, der heute einen Antrag stellen würde, noch eine Bewilligung bekomme oder ob er im Moment davon ausgehen müsse, dass er keine Unterstützung erhalte. Es gehe weniger darum, wie groß der Fördertopf sei, vielmehr darum, wie groß der Bedarf sei. Herr Hartmann habe gerade gesagt, dass 5.110 ha mit den Mitteln aufgeforstet worden seien. Er bitte Herrn Hartmann, einmal darzulegen, wie groß der Aufforstungsbedarf im Land in ha sei, damit man einmal sehe, welche Dimensionen, welche Notwendigkeit hier noch bestehe.

Im vergangenen Jahr seien die Selbstbewirtschaftungsmittel Thema gewesen. Ihn interessiere, ob davon auszugehen sei, dass in diesem Jahr noch weitere Mittel hierfür zur Verfügung gestellt würden und wenn ja, in welcher Dimension.

Julia Kahle-Hausmann (SPD) schickt voraus, einige Fragen seien jetzt beantwortet. Sie habe herausgehört, Herbstpflanzungen würden dieses Jahr nicht gefördert, wenn

was zurückkomme, dann ja, aber wahrscheinlich nicht. Das sei eine Aussage, da könne man mit leben, wenn man es wisse.

Sie habe noch ein paar Fragen, könne aber auch auf die Daten warten, wenn sie erst zusammengesucht werden müssten. Einmal wüsste sie gerne, wer die Fördermittel beantragt habe, welche Größe die Forstbetriebe hätten. Das habe sie eben schon einmal angesprochen. Wenn die Daten jetzt nicht vorlägen, könnte sie auch eine Kleine Anfrage dazu stellen. Da habe die Landesregierung dann vier Wochen Zeit. Die Daten hätte sie tatsächlich gerne. Sie wüsste gerne, welche Betriebe welches Programm in welcher Höhe beantragt hätten. Das wäre ihr schon wichtig.

Die SPD versuche zu unterscheiden – die Ministerin sage immer, sie könne das nicht evaluieren –, ob es Privatwald, Körperschaftswald, Staatswald sei, die die Förderprogramme in Anspruch nähmen. Anhand dieser Förderprogramme könne man doch herausfinden, wer überhaupt wie viel beantragt habe, ob es jetzt private Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer seien, ob es Forstbetriebsgemeinschaften, ob es Körperschaftswälder seien, wie auch immer. Daraus lasse sich ein guter Teil an möglichen Handlungsempfehlungen ableiten. Wenn die Ministerin dazu ein paar Daten hätte, wäre es toll.

Zu guter Letzt wüsste sie gerne, ob man damit rechnen könne, dass im Jahr 2026 wieder Fördermittel in der Titelgruppe „Schmallenberger Erklärung“ eingestellt würden.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) bittet, Herrn Hartmann gleich das Wort zu erteilen. Das Ministerium könne schon Angaben dazu machen, insbesondere prozentual, welcher Waldbesitz wie viel an Fördermitteln abgegriffen habe. Die Betriebsgrößen selber würden nicht erhoben. Man könne schon ein paar prozentuale Angaben liefern. Das würde Herr Hartmann gleich übernehmen.

Bezüglich des Haushalts für das Jahr 2026 bitte sie um Verständnis. Da befänden sich alle in Haushaltsaufstellungsverfahren. Jetzt könne noch gar nichts dazu gesagt werden, wie das dann aussehe. Das sei erst zu gegebener Zeit möglich.

MDgt Daniel Hartmann (MLV, Leiter der Landesforstverwaltung) bestätigt, in der Tat würden die Betriebsgrößen im Rahmen der Antragstellung nicht erfasst. Deswegen könne hier eine Auswertung lediglich näherungsweise erfolgen. Dazu müsse er noch sagen, dass Zahlen lediglich für Anträge zur Förderung der Wiederbewaldung aus dem Jahr 2024 vorlägen. Es sei aber davon auszugehen, so wie sich die Antragslage darstelle, dass das für 2025 ähnlich sei.

Zur Aufteilung der Gesamtsumme der Bewilligungen nach Antragsteller: Der größte Anteil liege beim kleinen und mittleren Privatwald. Die kleinen und mittleren Privatforstbetriebe machten einen Anteil von etwa 52 % aller aus, die die Anträge gestellt hätten und die Fördermittel nutzen würden. Danach folgten mit etwa 20 % der Großprivatwald und danach die Waldgenossenschaften mit rund 13 %, forstliche Zusammenschlüsse darüber hinaus mit 5 %, die Kommunen mit 4 %, dann die weiteren Unternehmen, und zwar GbRs oder auch GmbHs mit einem Anteil von 4 % und natürlich die Kirchengemeinden, die auch darunterfielen, mit etwa 3 %. Das sei in etwa die Zusammensetzung,

die ihm aktuell vorliege. So würde sich das für 2024 darstellen. Für 2025 gehe er von einer ähnlichen Verteilung aus.

Dietmar Brockes (FDP) wiederholt seine Fragen. Er wüsste gerne, ob jemand, der in diesem Jahr einen Antrag stellen wolle, mit einer Bewilligung rechnen könne. Er interessiere ihn, wie viele Anträge aus dem vergangenen Jahr bis heute keine Bewilligung erhalten hätten. Ebenso habe er danach gefragt, ob die Landesregierung die Flächen beziffern könne, die insgesamt wiederbewaldet, aufgeforstet werden müssten.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) führt aus, die Frage der Wiederaufforstung bei Kalamitätsflächen sei, wenn man über den Privatwald spreche, insbesondere eine Entscheidung, die dem privaten Waldbesitzer obliege, ob man zum Beispiel über Naturverjüngung die Flächen wiederbeweiden lasse, ob man eine Mischform habe, ob man in die Wiederaufforstung gehe und wenn ja, auch in welchem Programm. Da gebe es entsprechende Beratungen über die Förster, die angeboten würden.

Auch gebe es entsprechende Möglichkeiten, sich auf den Internetseiten schlau zu machen und da gute Informationen für die eigene Umgebung und den eigenen Wald herunterzuziehen. Das entscheide jeder nach eigenem Gutdenken und der eigenen Ausrichtung. – Herr Brockes schüttele mit dem Kopf, das sei aber so. Gerade bei der FDP wundere es sie, dass man das nicht verstehe.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das war nicht meine Frage.)

– Da sei sie noch gar nicht. Sie sei noch bei der anderen Frage, die Herr Brockes eben gestellt habe. Hinzu komme: Herr Brockes habe gefragt, was mit den Leuten sei, die jetzt Anträge stellen würden, ob die noch bewilligt würden.

Wenn der Fördertopf im Moment keine weiteren Bewilligungen hergebe, dann gebe er die nicht her. Wenn der nach aktuellem Stand aufgebraucht sei, sei er aufgebraucht. Dann müsse man jetzt schauen, ob dieses Geld in Gänze tatsächlich abfließe oder ob vielleicht auch Millionen stehen blieben, die doch nicht abflössen, weil eine Maßnahme trotz Bewilligung nicht umgesetzt worden sei. Das sei das ganz normale Prozedere, das bei jeder Förderung genauso erfolge. Das könne sie, Stand heute, noch nicht sagen. Man müsse jetzt abwarten, so wie sie das vorhin ausgeführt habe, was innerhalb der nächsten Wochen und Monate dazu passiere.

Dann habe Herr Brockes gesagt, ja, aber dann müsse man mehr Geld zur Verfügung stellen, wenn doch mehr Anträge kämen. Ein Fördertopf wachse nicht mit der Zahl der Anträge. Wenn das Geld weg sei, wenn es ausgezahlt worden sei, dann sei es nicht mehr da.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Vielleicht habe man eine unterschiedliche Herangehensweise, was Haushaltsführung und Haushaltsverständnis angehe. Aber das müsse man einfach klar sagen. Der Fördertopf sei, Stand heute, erst mal leer. Das sei im Übrigen ein gutes Zeichen. Es sei

gut, dass das Geld in den Wald gegangen sei. Für die Beantwortung der weiteren Fragen bitte sie, Herrn Dr. Petercord das Wort zu erteilen.

MR Dr. Ralf Petercord (MLV) beantwortet die Frage nach der Wiederbewaldung. Im letzten Jahr habe man ein Wiederbewaldungsmonitoring gemacht und habe festgestellt, dass von der Schadfläche – das Wiederbewaldungsmonitoring habe 127.623 ha erfasst, die wiederzubewalden seien – in der Zwischenzeit 46 % wiederbewaldet worden seien. Das seien 59.000 ha. Also liege man im Moment immer noch bei einer Fläche von ungefähr 63.000 ha, die noch wiederzubewalden sei.

In Teilen – da habe Frau Ministerin vollkommen recht – gehe das über die Naturverjüngung, welcher Waldbestand sich entwickele, was noch komme. Dementsprechend gehe er davon aus, dass die Fläche dann auch wieder kleiner werde. Das wäre das, was im Moment in dem Wiederbewaldungsmonitoring erfasst worden sei.

MDgt Daniel Hartmann (MLV, Leiter der Landesforstverwaltung) kommt auf die Frage von Herrn Abgeordneten Brockes zurück, wie sich die 16 Millionen Euro für dieses Jahr in etwa zusammensetzen würden und ob darüber hinaus noch weitere Bewilligungen möglich seien. Vielleicht noch mal bezogen auf das, was er gerade zu den 16 Millionen Euro ausgeführt habe, wie sie sich auf die einzelnen Maßnahmen verteilen würden: Ein Großteil dieser Maßnahmen, nämlich im Umfang von 9,5 Millionen Euro, sei schon durch ausgesprochene Bewilligungen aus den Vorjahren gesichert.

Im Umfang von 6,56 Millionen Euro sei in diesem Jahr der förderunschädliche vorzeitige Maßnahmenbeginn für Maßnahmen der Wiederaufforstung genehmigt worden. Diese Mittel, diese 6,5 Millionen Euro verteilten sich ähnlich wie die Gesamtsumme von 16 Millionen Euro auf die einzelnen Fördermaßnahmen, die angeboten würden.

Die Initialbegründungen im Waldverband machten hier eine Million Euro aus, die Wiederbewaldung im Standardverband, also der Goldstandard sozusagen, 4,3 Millionen Euro. Für die Wiederbewaldungsprämie werde man Bewilligungen auf der Grundlage von VZM in Höhe von einer Million Euro aussprechen können. In Summe sei es so, dass man nach aktuellem Stand davon ausgehe, dass mit der Förderung in diesem Jahr und den gerade genannten 5.110 ha Ende des Jahres in Summe knapp 15.000 ha seit 2020 wiederaufgeforstet worden seien.

In der Tat sei es so, wie Frau Ministerin gerade schon ausgeführt habe, dass aller Voraussicht nach keine weiteren Kassenmittel zur Bewilligung weiterer Maßnahmen zur forstlichen Förderung zur Verfügung stünden. Das sei so. Damit müsse man aktuell umgehen.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) äußert seine Verwunderung darüber, dass er in dieser Sitzung erleben dürfe, dass ein FDP-Abgeordneter zum wiederholten Male dazu aufrufe, mehr staatliche Gelder in Unternehmen zu geben.

Wenn er sich an die Haushaltsdebatten im letzten Jahr erinnere, die im Plenum ausführlich geführt worden seien, dann könne er nicht erkennen, dass sich die FDP in den

vielen anderen Bereichen, in denen die Bedürftigkeiten wesentlich höher seien, etwa bei der Aidshilfe und anderen, vehement dafür einsetzen würde, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit Beschluss des Haushalts 2024 sei klar gewesen, wie viele Mittel in diesem Jahr zur Verfügung stünden, nämlich die genannten, die jetzt verausgabt worden seien.

Das Förderprogramm sei dann leer. Dann müsse man halt gucken, wie es weitergehe. Dazu müsse man schauen, wie viele Anträge abgerechnet würden. Gegebenenfalls blieben 200.000, 300.000, 400.000 Euro, vielleicht auch eine Million Euro übrig, weil es die Waldbesitzenden aus irgendwelchen Gründen nicht geschafft hätten, die Pflanzen in den Boden zu bekommen. Dann könnten auch noch Anträge für dieses Jahr, wenn er es richtig verstanden habe, gestellt werden.

Aus dem Bericht gehe klar hervor: Es seien Anträge in diesem Jahr bewilligt worden. Der vorzeitige Maßnahmenbeginn in diesem Jahr sei bewilligt worden. Es seien Frühjahrspflanzungen mit den Geldern gemacht worden. Herr Hartmann habe das gerade ausgeführt. Und es sei so wie in jedem anderen Bereich: Wenn der Fördertopf leer sei, sei er leer. Dann werde man im nächsten Jahr gucken können, ob weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten und wenn ja, in welcher Höhe. Dass Herr Brockes an dieser Stelle so vehement einfordere, hier nachzulegen, das als Freier Demokrat, der ansonsten immer das Hohelied auf den Markt singe, wundere ihn schon sehr. Das sei ein bisschen absurd.

Stephan Wolters (CDU) gibt zu bedenken, natürlich sei es so, dass Geld des Landes für die entsprechenden Maßnahmen zur Verfügung stehe. Er spreche sich dafür aus zu differenzieren.

Er danke Herrn Hartmann, der noch mal gesagt habe, wo dieses Geld hingeflossen sei. Es zeige sich, dass das nicht die klassischen Erwerbsforstbetriebe seien. Es seien kleine Betriebe, die in der waldbaulichen Struktur dringend notwendig seien, um den Wald, den man erhalten wolle, nach vorne zu bringen, die Maßnahmen umgesetzt hätten, die damit – er sage es mal ganz deutlich – kein Geld verdienen würden. Das wolle er noch mal herausstellen. Das dürfe in der Debatte über die Details von rechts und links nicht untergehen.

Er bedanke sich dafür, dass die Zahlen vorgelegt worden seien. Sie seien, glaube er, für den weiteren Verlauf der Debatte wichtig und erforderlich.

Dietmar Brockes (FDP) bedankt sich für die Ausführungen des Kollegen Wolters. Denn Kollege Dr. Kaiser habe in seinen Ausführungen den Eindruck erweckt, als wollte die FDP hier dafür sorgen, dass sich schwerreiche Menschen im Land über Förderprogramme noch weiter bereichern würden.

Er finde es interessant, die unterschiedlichen Positionen hier zu sehen. Denn gerade jetzt werde deutlich, dass den Freien Demokraten ein nachhaltiger Klimaschutz wichtiger sei als den Grünen.

5 Baum-Scheck-Programm: Auch nur ein weiteres leeres Versprechen der Landesregierung? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3838

René Schneider (SPD) bedankt sich für die Vorlage, die vieles über die Förderung von Baumpflanzungen berichte, aber keine einzige Frage zum titelgebenden Baum-Scheck-Programm beantworte. Das habe man ja nicht umsonst gefragt. Es stehe im Koalitionsvertrag, den seine Fraktion aufmerksam gelesen habe. Im Koalitionsvertrag sei ein Baum-Scheck-Programm angekündigt, mit dem mehr als eine Million Bäume in den Städten und Gemeinden neu gepflanzt werden solle. Danach habe er gefragt. Und nicht eine dieser Fragen sei beantwortet. Deswegen versuche er es hier noch mal und frage, wie es mit diesem Baum-Scheck-Programm aussehe, ob da noch etwas komme, wie der Bearbeitungsstand hinsichtlich der Erarbeitung einer entsprechenden Förderrichtlinie sei.

Bianca Winkelmann (CDU) bestätigt, der Baum-Scheck stehe im Koalitionsvertrag. Das sei ihrer Fraktion gemeinsam mit den Kollegen der Grünen eine wichtige Herzensangelegenheit. Zwischenzeitlich habe man festgestellt – deshalb finde man auch diese vielen Beispiele im Bericht des Ministeriums –, wie viele andere Programme es zurzeit gebe, mit denen außerhalb der Wälder Bäume gepflanzt würden.

Viel finde im urbanen Bereich statt. Sie könnte es jetzt vorlesen: 1.000 gepflanzte Bäume seit 2021 durch die „Offensive Grüne Infrastruktur 2030“. „Ökosystemverbund Rheinisches Revier“ und „Klimaanpassung im Rheinischen Revier“ seien weitere Förderangebote zur Schaffung von grünen und blauen Infrastrukturen. Es gebe zurzeit die vielfältigsten Förderprogramme, die alle auf das Thema „Baumpflanzung im öffentlichen Raum“ abgestellt seien.

Deshalb hätten sich die regierungstragenden Fraktionen dazu entschlossen – das Ministerium werde sicherlich auch noch seine eigene Meinung dazu haben –, sich erst mal auf das Thema „Umweltschecks“ zu konzentrieren. CDU und Grüne seien damals sehr begeistert gewesen, dass die SPD im ersten Schritt zugestimmt habe. Leider habe man dann erleben müssen, dass die SPD im zweiten Schritt nicht mehr zugestimmt habe, und zwar, wenn sie das richtig in Erinnerung habe, mit dem Argument, dass man den Umweltschecks, die auch für Baumpflanzungen genutzt werden könnten, aus haushalterischen Gesichtspunkten nicht mehr zustimmen könne, weil man das Geld an anderen Stellen besser einsetzen sollte.

Das Ganze habe ihre Fraktion dazu bewogen abzuwägen, ob nicht der Umweltscheck, der weiter gehe, wichtiger sei als der Baum-Scheck, der durch die vielen verschiedenen anderen Maßnahmen kompensiert werde, die zurzeit angeboten würden. Die Legislaturperiode sei glücklicherweise noch nicht zu Ende, der Koalitionsvertrag deshalb auch noch nicht abgearbeitet. Man habe noch zwei Jahre und werde beobachten, wie

sich die Situation der Wirtschaft und die Situation des Haushalts weiterentwickelten, ob man da noch ein zusätzliches Förderprogramm auflegen sollte oder nicht. Das sei im Grunde genommen die Sicht der Dinge, wie die Koalitionsfraktionen das einschätzten. Man hätte sich damals gefreut, wenn die SPD den Umweltschecks zugestimmt hätte.

Das Herr Schneider jetzt nach den Baum-Schecks frage, habe sie persönlich etwas überrascht. Das Eine könne man ja nicht ablehnen und das andere erwarten. Von daher sollte man abwarten.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) legt dar, Frau Abgeordnete Winkelmann habe gerade im Einzelnen dargestellt, wie die Überlegungen in den Koalitionsfraktionen zu dieser Frage seien. Beim Baum-Scheck-Programm gehe es ja um eine Million Bäume, die in den Städten und Gemeinden neu gepflanzt werden sollten. Das sei natürlich ein richtiger und zukunftsweisender Ansatz. Das müsse sie klar sagen.

Aber sie sehe natürlich auch die besondere Haushaltslage, dass man mit Kosten von mehr als 3.000 Euro pro Baumpflanzung im öffentlichen Grün rechnen müsse. Für die Landesregierung sei es derzeit nicht darstellbar, ein eigenes Förderprogramm dafür aufzustellen. Das könne man bedauern. Aufgrund vieler anderer Programme, mit denen die grüne Infrastruktur, die Pflanzung von Bäumen gefördert werden könne, könne sie sagen, dass das richtige und wichtige Ziel auch auf anderen Wegen erreicht werden könne, auch wenn es vielleicht manchmal etwas mehr Zeit in Anspruch nehme, als man sich das am Anfang gewünscht hätte.

So seien Baumpflanzungen im öffentlichen Grün über verschiedene bereits bestehende Bundes- und auch Landesprogramme sowie Projekte ermöglicht worden. Das werde fortgesetzt. Beispielhaft genannt seien hier das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ des BMUV, das Förderprogramm „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft“ oder auch das Projekt „Offensive Grüne Infrastruktur 2030“, gerade auch schon einmal angesprochen. Und von daher unterstütze man über diese Fördermöglichkeiten, aber an der Stelle zumindest aktuell nicht über ein eigenes Förderprogramm.

René Schneider (SPD) bedankt sich für die Klarstellung. So hätte man das auch reinschreiben können. Im Grunde genommen sei es erstmal eine Entscheidung der Koalitionsfraktionen, das nicht mehr in dieser Wahlperiode anzupacken. Er glaube, so ehrlich könne man sich machen: Das Geld werde in den kommenden zwei Jahren nicht mehr werden.

Er halte fest: Aufgrund fehlenden Geldes werde es dieses Baum-Scheck-Programm in dieser Wahlperiode nicht mehr geben. Das sei insofern schade, nachdem man über die 110 Maßnahmen, über die lose Blattsammlung zum Thema „Klimaanpassung“ schon gesprochen habe. Da hätte dieses Programm sehr gut reingepasst. Wenn Frau Winkelmann sage, da sei noch viel Zeit bis zum Ende der Wahlperiode, dann vergesse sie sicher die fehlende Ernährungsstrategie, die Rohstoffabgabe und alle anderen unerfüllten Koalitionsversprechen. Sein Eindruck sei, dass das im Moment alles zu

Lasten des grünen Partners laufe. Aber die könnten sich selber wehren und würden das vielleicht auch irgendwann mal tun.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) erwidert, Gott sei Dank! habe es eine Ampel auf Bundesebene gegeben, die das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ aufgelegt habe. Dadurch seien Baumpflanzungen im öffentlichen Grün und Mittel für Entsiegelung in großem Stil möglich. Viele Kommunen hätten die Bundesmittel für ihre Projekte beantragt, damit genau das passiere, was Herr Schneider gerade auch angemahnt habe, nämlich Klimaschutz und Klimaanpassung zu betreiben.

Das heiße nicht, dass das Land aus den Verpflichtungen heraus sei; aber es seien Möglichkeiten da, damit Kommunen aktiv werden und Steuermittel für lebenswerte Städte und Gemeinden, für eine lebenswerte Umwelt einsetzen könnten. Das sei doch gut. Er rege an, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass von diesen Mitteln, die auf Bundesebene zur Verfügung stünden, noch mehr Mittel nach NRW flössen.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) ist ihrer Fraktion sehr dankbar dafür, dass sie diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt habe. Sie wolle auch verraten, warum. Ihre Fraktion werde nämlich von Bürgern angeschrieben, die den Koalitionsvertrag sehr wohl gelesen hätten und bemerken würden, dass hier jetzt was fehle. Man warte darauf. Ihr lägen Korrespondenzen mit Bürgern vor. Sie würden registrieren, wenn ein solches Programm im Koalitionsvertrag explizit genannt werde. Sie würden schauen, was passiere.

Die Bürgerinnen und Bürger würden sehen, dass an den Straßen teilweise berechtigterweise Fällmaßnahmen vorgenommen werden müssten, Lücken entstünden und sie fragten sich dann, wo dieses Programm bleibe. Sie würden nicht an die Vielzahl der von der Ministerin genannten weiteren Programme denke, das sei das Problem. Darunter leide Glaubwürdigkeit von Politik. Das sei ganz einfach so.

Dr. Ralf Nolten (CDU) äußert die Hoffnung, dass die entsprechenden Landesprogramme zumindest bei den Politikerinnen und Politikern auf dem Schirm seien. Wenn ihn ein Bürger ansprechen würde und sagen würde, da fehle doch der Baum-Scheck, er wolle irgendwo Bäume pflanzen, dann bekäme er von ihm sofort den Hinweis auf den Umweltscheck. Genauso werde der draußen auch umgesetzt. Und das erwarte er eigentlich von jedem Abgeordneten, der hier unterwegs sei.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) ergänzt, Frau Müller-Witt könnte die Anfragen auch mit den entsprechenden Hinweisen beantworten. Sie glaube, dann sei der Bürger da auch zufrieden. Und im Übrigen denke sie, dass es auch wenig Sinn mache, doppelt und dreifach Förderstrukturen aufzubauen.

Da, wo man unterstützen könne – es sei gerade vorgestellt worden, ob das über Bundesmittel oder über andere Förderprogramme laufe –, laufe das Ganze. Es sei viel

gesagt worden zu den Umweltschecks. Von daher sei es ja nicht so, als würden hier keine Bäume in öffentliches Grün gesetzt.

Minister Oliver Krischer (MUNV) legt dar, auch wenn das Thema Baum-Scheck jetzt nicht in seinen Zuständigkeitsbereich falle, wolle er darauf hinweisen – gerade sei es sehr allgemein geworden, bis hin zur Frage des Straßenbegleitgrüns –, dass es noch nie eine Landesregierung gegeben – das könne man an den Haushaltsansätzen sehen –, die so viel in Naturschutz und diese entsprechenden Programme investiert habe.

Es sei aufgelistet worden, welche Fördermöglichkeiten es in diesem Bereich gebe. Dazu gehöre auch, dass die Landesregierung versuche, zu dem, was der Bund mache, eine Kofinanzierung herzustellen. Daraus jetzt in irgendeiner Weise abzuleiten, es gebe keine Möglichkeiten, Bäume zu pflanzen – da sei er absolut beim Kollegen Nolten –, sei ein Irrtum. Wenn es den Wunsch gebe, Bäume zu pflanzen und Begrünung zu machen, gebe es vielfältige Möglichkeiten.

Er verweise auf die Klimafolgenanpassungsmaßnahmen und darauf, wie viel gerade in Städten in den Bereichen, wo es explizit an Grün mangele, wo man vor dem Hintergrund der Hitzeinseln aktiv werden müsse, passiere, und zwar mit den entsprechenden Möglichkeiten. Frau Müller-Witt habe noch private Initiativen angesprochen. Er könne sich der Äußerung der Kollegin Winkelmann nur anschließen, dass die SPD beim Thema „Umweltscheck“ eine merkwürdige Kurve gemacht habe. Dieses Programm werde hervorragend von den Menschen angenommen. Das hätte er in dieser Dimension vorher gar nicht erwartet. Mit den Umweltschecks würden einfache und kleine Maßnahmen ermöglicht. Dazu gehöre auch die eine oder andere Baumpflanzung. Insofern sei diese Landesregierung bei dem Thema positiv unterwegs.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) stellt heraus, es sei ihr nicht um private Pflanzungen gegangen, sondern es gehe um massives Zurückschneiden von Grün.

(Zurufe von der CDU)

– Sie versuche gerade darzustellen, auch wenn das manche aus der CDU aufrege, wieso die Bürger Sturm liefen in der Stadt, weil bestimmte Maßnahmen nicht ergriffen würden. Sie hätten sich informiert. Sie würden die Abgeordneten anschreiben. Und das gebe sie als Abgeordnete weiter an die Abgeordneten der Fachausschüsse. Und die würden dann einen Berichtswunsch stellen.

Es habe in der Öffentlichkeit massiv Kritik gegeben. Es sei auch ein Tipp in diese Richtung, dass man aufpassen müsse, wenn man etwas kommuniziere, wenn auf der anderen Seite ein anderer Teil der Landesregierung massive Maßnahmen ergreife, was den Rückschnitt angehe, und zwar so stark, dass es auffällig sei. Die Bürger liefen Sturm und würden fragen, was denn da los sei. Das könnten sie nicht übereinbringen. Und das sollte hiermit zum Ausdruck gebracht werden.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) erwidert, wenn Kommunen, so wie es gerade angeführt worden sei, Bäume abschneiden oder fällen würden, dann sollte man sich dafür einsetzen,

dass die Kommunen, in deren Verantwortung der Baumstand sei, auch wieder neue Bäume pflanzen würden. Denn darum scheine es ja zu gehen. Das sei vielfach ein Problem. Man sei letztens in einer mittelgroßen Stadt gewesen. Da sei man sich bis vor ein, zwei Jahren nicht mal im Klaren darüber gewesen, wie viele Bäume man überhaupt im eigenen Bestand habe. Dann habe man erst mal durch ein Baumkataster festgestellt, wie viel man denn eigentlich in eigener Verantwortung tun müsste, um den Bestand an Bäumen überhaupt zu erhalten, wenn man davon ausgehe, dass die Bäume eine Lebensdauer von 80 Jahre hätten. In dieser Stadt bedeute es jährliche Neupflanzungen von 120 bis 150 Bäumen, um den natürlichen Ausfall und die Bäume, die aus Verkehrssicherungspflicht in kommunaler Verantwortung gefällt werden müssten, zu ersetzen. Und da hätte ein Baum-Scheck-Programm, das geplant sei, gar nichts gebracht.

Denn hier sei es um zusätzliche Pflanzungen, nicht um das Ersetzen von Bestand oder das Fällen von bereits vorhandenen Bäumen und das Ersetzen derselben gegangen. Darauf zu antworten, sei relativ einfach den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber. Denn da seien die Kommunen in der Verantwortung. Wenn sie Bäume fällen würden, müssten sie auch für Ersatz sorgen. Die Abgeordneten und Bürger könnten sich auf kommunaler Ebene dafür einzusetzen, dass es Baumschutzsatzungen oder Ähnliches gebe, damit auch vorsichtig damit umgegangen werde, lebenswichtige Bäume zu fällen. Das sei leider in vielen Kommunen noch nicht der Fall. Da gebe es genug Antwortmöglichkeiten.

Da könne man auch sagen: Ein Baum-Scheck-Programm, das im Koalitionsvertrag stehe, sei eines von vielen Projekten, welches umgesetzt werden könne. Es sei kommunale Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Baumbestände vor Ort in Ordnung seien und ersetzt würden.

Dr. Ralf Nolten (CDU) gibt zu bedenken, die Berichtsanfrage habe sich auf das Baum-Scheck-Programm bezogen. Die Diskussion um den Rückschnitt werde im Umweltausschuss seines Kreises jedes Jahr geführt. Nach der entsprechenden Periode werde in jedem Jahr auf die entsprechenden Vorgaben des Landesbetriebs verwiesen. In den allermeisten Fällen stelle sich heraus, dass da ordnungsgemäß gehandelt worden sei. Das jetzt hier mit dem Baum-Scheck zusammenzubringen, zeige, dass nicht verstanden worden sei, wie der Gegenstand der Anfrage eigentlich laute.

6 Wenn was Wichtiges fehlt: Wie geht es weiter mit der Landesgartenschau 2029, nachdem die Stadt Kleve mit einem Areal geplant hat, das ihr gar nicht gehört? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht
des Landesregierung
Vorlage 18/3827

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7 LEADER-Förderung in NRW in Gefahr: Welche Auswirkungen hat die Richtlinien-Anpassung auf Vereine und Ehrenamt? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3828

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8 Trostpflästerchen statt echter Rohstoffabgabe: Wieso setzt die Landesregierung nur auf ein freiwilliges Modell? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 8])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3832

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der SPD-Fraktion beantragt. Es gibt einen schriftlichen Bericht Vorlage 18/3832.

René Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich hätte mehrere Fragen, würde aber gerne mit einer mal ganz explizit anfangen, weil uns das am meisten überrascht hat – neben der Information, dass es jetzt weg von der Rohstoffabgabe hin zu einem freiwilligen Modell geht. Was uns überrascht hat, ist die Aussage in dem Bericht – Zitat: „Aktuell finden diesbezüglich“ – also zur Rohstoffabgabe – „weiterhin Gespräche unter Einbeziehung der Branche statt.“ Meine Frage, warum?

Ich glaube, wir alle sind lang genug in der Politik, um zu wissen: Wer den Teich trockenlegen will, fragt nicht die Frösche. Also wie kommt man darauf, mit der Branche über eine Rohstoffabgabe zu verhandeln?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Dann würde ich sammeln. – Gibt es nicht. – Herr Minister, bitte.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Frau Vorsitzende! Herr Abgeordneter Schneider! Also wir verhandeln nicht mit der Branche über eine Rohstoffabgabe, wie Sie das gerade formuliert haben, sondern wir sprechen mit der Branche über Möglichkeiten, wie mehr Sekundärrohstoffe in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden können. Wir haben in der Vorlage darauf hingewiesen, dass dies Regelungen im LEP und weitere Maßnahmen betrifft. Sie fragen ja auch nicht zum ersten Mal danach.

Wir haben Ihnen alles erläutert, auch wo wir mit der Branche gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, hier entsprechende Fortschritte zu machen. Eine Rohstoffabgabe – das können Sie im Koalitionsvertrag nachlesen – ist davon eine Möglichkeit. Es ist selbstverständlich, dass man über das gesamte Spektrum mit der Branche, aber auch mit anderen Stakeholdern über diese Fragen spricht.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Brockes, bitte.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Herr Minister für die Ausführungen. Habe ich jetzt richtig verstanden, dass Sie sozusagen unter der Androhung, dass es sonst zu einer Rohstoffabgabe kommt, Gespräche mit den betroffenen Verbänden führen, um andere restriktive Maßnahmen zu treffen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Zuerst ist René Schneider dran.

René Schneider (SPD): Direkte Nachfrage zu Ihrer Antwort gerade, ist ja alles noch frisch. Sie haben gesagt, dass die Rohstoffabgabe nur eine Möglichkeit ist. Es ist aber doch **die** Möglichkeit, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben steht. Verstehe ich Sie da richtig? Also es gibt mehrere Möglichkeiten. Die Rohstoffabgabe ist nur eine.

Wenn ich eine andere ergreifen kann, um vom Primärrohstoffverbrauch runterzukommen, dann nehme ich auch die. Oder wie muss ich Ihre Aussage – ich habe es mir aufgeschrieben –, „Rohstoffabgabe ist nur eine Möglichkeit“, verstehen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Und jetzt Dr. Nolten, bitte sehr.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ja, dann will ich doch mal Teile des Ziels 9.2-4 vorlesen, weil augenscheinlich nicht begriffen worden ist, worum es hier geht. Denn es ist nicht das Ziel zu drohen, sondern das Ziel lautet (Ziel 9.2-4 Degressionspfad für die Sicherung nichtenergetischer Rohstoffe (Kies und Sand), geplante 3. LEP-Änderung, Entwurf 13.03.2025):

> „[…] Ziel ist ein schrittweises Absenken der Primärrohstoffverbrauche, das von nachweisbar effektiven und mit der wirtschaftlichen Entwicklung vereinbaren Maßnahmen der öffentlichen Hand und der privaten Bauwirtschaft begleitet wird und im Ergebnis dann die notwendige Flächeninanspruchnahme durch Abgrabungsbereiche reduziert.“

Ich frage jetzt mal in die Runde, wer dieses Ziel nicht teilt. Das können Sie ja gleich ausführen.

> „Um den Verbrauch und den Bedarf an Kies und Sand unterschiedlicher Qualitäten sowohl der Privatwirtschaft als auch der öffentlichen Hand zu ermitteln, entwickelt die Landesregierung“

– und das ist die schwarz-grüne Landesregierung, also ein gemeinsames Anliegen, hier dokumentiert –

> „ein wissenschaftlich begründetes Rohstoffmonitoring, das unter Berücksichtigung der verfügbaren Sekundärrohstoffe, alternativen Baustoffen und der Preisentwicklung von Baustoffen unter der Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit“

– kann man doch sicherlich auch unterschreiben –

> „eine belastbare Ableitung eines nachhaltigen und damit auch wirtschaftlich tragfähigen Degressionsfaktors ermöglicht.“

– Im Hinblick auf die Landesplanung. Insofern ist ein klares Ziel definiert. Hier wird auch klar darauf verwiesen, wie das Maßnahmenbündel aussieht. Dass man dann mit den Betroffenen ins Gespräch reingeht, sollte immer ein Anliegen staatlichen Handels

sein – es sei denn, man weiß alles besser und braucht die Bürgerin oder den Bürger nicht zu befragen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Dr. Nolten. – Herr Minister, wollen Sie darauf antworten?

Minister Oliver Krischer (MUNV): Ja, Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Abgeordneter Nolten hat gerade die entsprechende Zielformulierung aus dem Landesentwicklungsplan vorgelesen. Ich glaube, die dokumentiert all das, was die Landesregierung tut. Deshalb haben wir in unserer Vorlage darauf auch entsprechend verwiesen.

Da gibt es keine Androhungen oder sonst etwas. Wir haben eine gesamtheitliche Politik zur Reduzierung des Primärrohstoffeinsatzes, die verschiedene Instrumente beinhalten kann, und damit arbeiten wir. Darüber führen wir selbstverständlich mit der Branche, die das betrifft, Gespräche. Sie kennen alle die anderen Instrumente. Die können Sie in Form von Anlagen, die die Landesregierung zur Sekundärrohstoffgewinnung und vieles mehr gefördert hat, besichtigen. All das ist unser Instrumentenkasten, hier Fortschritte zu erzielen. Und das tun wir als Landesregierung. – Punkt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Brockes hat noch eine weitere Frage.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Herr Kollege Nolten, zu den Änderungen im LEP läuft gerade das Beteiligungsverfahren. Da kommen auch die Stellungnahmen rein. Also deshalb: Wie gut Sie da auf dem Weg sind, stelle ich auch noch mal in Frage. Und das wird mit Sicherheit dann im Wirtschaftsausschuss noch breit diskutiert werden.

Aber neben der Änderung des LEP hat der Minister gerade deutlich gemacht, dass die Rohstoffabgabe nicht vom Tisch ist, sondern weiterhin in der Diskussion ist. Und das ist auch eine klare Information, für die ich heute auch dankbar bin. Denn hier wird in Teilen immer behauptet, als wäre diese jetzt vom Tisch. Das ist scheinbar nicht der Fall, sondern es ist immer noch Ziel dieser Landesregierung, eine Rohstoffabgabe einzuführen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: So, jetzt habe ich wieder Dr. Nolten und Herrn Schneider, bitte sehr.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Kollege Brockes, ich glaube, wir sind hier gerade im Agrar- und Umweltausschuss. Da eint uns doch sicherlich das Ziel, dass wir die Flächeninanspruchnahme reduzieren. Da wird hier ein Weg auf Ihre Anfrage hin aufgezeigt. Die anderen Anfragen können Sie gerne im Wirtschaftsausschuss stellen. Aber hier sind wir im Agrar- und Umweltausschuss. Hier geht es darum: Was ist der adäquate

Weg? Und natürlich ist man immer gut beraten, sämtliche Instrumente, sämtliche Pfeile im Köcher zu halten, damit eine klare Botschaft da ist.

Aber das, was gewollt ist, ist doch klar erkennbar – nicht die Rohstoffabgabe, dann wäre sie eingeführt, sondern der andere Weg unter Einbindung aller Beteiligten. Ich weiß nicht, warum das so negativ gesehen wird. Ich sehe das eher positiv. Ich sehe es eher positiv, dass man im Miteinander zu einer Lösung kommt, die uns hoffentlich ein gemeinsames Ziel ist, es sei denn, irgendjemand, Herr Schneider in Wesel oder Herr Brockes, Sie am Niederrhein, hätten gerne mehr Auskiesungen in der Fläche.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: So, Herr Schneider, jetzt sind Sie dran.

René Schneider (SPD): Es ist ja doch schön, dass Herr Dr. Nolten zuerst gesprochen hat, weil die Aussage ja gerade war: Die Rohstoffabgabe will ja keiner, man will ja nur weniger Kiesabbau. Ich meine, weniger Kiesabbau, auf die zweite Hälfte Ihrer Aussage kann ich mich stützen. Aber ich merke gerade, wie hier ein Koalitionsversprechen nach dem anderen heute purzelt.

Ich nehme mit: Rohstoffabgabe will eigentlich keiner, also wird sie nicht gemacht. Ich tue jetzt mal weiter so, weil ich das offiziell noch nicht gehört habe, dass hart an der Rohstoffabgabe gearbeitet wird. Das ist im Hause von Herrn Minister Krischer. Die Herleitung haben wir uns auch irgendwann erklären lassen, war schon etwas krumm, aber ist okay.

Herr Minister Krischer ist dafür jetzt verantwortlich. Die soll kommen. Da wird gesprochen, mit wem auch immer. Die Hauptfrage, die alle schon länger, unter anderem die Kiesindustrie umtreibt, ist doch: Mit welchem Modell gehen Sie da rein? Sie werden ja nicht da reingehen und irgendeine gegriffene Zahl sagen: x, y Millionen wollen wir einnehmen – das teilen wir durch Tonnage, dann wissen wir, was pro Tonne da drauf geschlagen wird –, sondern Sie werden doch einen wissenschaftlichen Ansatz haben wie bei einer Pigou-Steuer beispielsweise, dass man da drauf schaut: Wie sind die Grenzkosten, wie ist die Nachfrage, und wie hoch muss die Einnahme durch die Rohstoffabgabe sein, um eine Lenkungswirkung zu erzielen, ohne das Business zu erdrücken? Und dahin geht meine Frage, Herr Minister: Mit welchem Modell gehen Sie da rein? Mit welcher Rechnungsmethode?

Sie brauchen uns keine Zahlen zu nennen. Aber gibt es überhaupt solche Überlegungen, mit denen Sie da reingehen, dass Sie sagen: Es ist wissenschaftlich oder rein wirtschaftlich so, dass das der Betrag ist, den wir erheben müssten, um Lenkungswirkung zu erreichen und das Business nicht kaputt zu machen? Wenn Sie das nicht tun, laufen Sie Gefahr, entweder keine Lenkungswirkung zu erzielen – dann brauchen Sie es nicht zu machen –, oder auf der anderen Seite die Schraube so hart angedreht zu haben, dass sie Ihnen um die Ohren fliegt.

Deswegen da nochmal meine Frage, wenn Sie die Rohstoffabgabe als eine Möglichkeit weiter verfolgen, da gehe ich jetzt mal von aus: Mit welchem Modell gehen Sie da rein, mit welcher Denkweise, mit welcher Art und Methode? Und wenn Sie mir oder

uns das nicht verraten wollen, dann zumindest: Gibt es solche theoretischen Überlegungen, um die Schraube eben nicht zu überdrehen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Minister, ich habe noch ein paar Wortmeldungen. – Herr Brockes, bitte.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Kollege Dr. Nolten, da Sie mich ja persönlich angesprochen haben: Das ist vielleicht der Unterschied zwischen mir und Ihrer Sichtweise, dass ich nicht nur scheuklappenmäßig in einem Fachbereich arbeite, sondern den Gesamtrahmen sehe. Ich hoffe, dass zumindest die Kolleginnen und Kollegen, die gleichzeitig sowohl im Umweltausschuss als auch im Wirtschaftsausschuss sind, das auch so sehen.

Und da muss man eines sagen: Natürlich wollen wir, dass Rohstoffe effizient eingesetzt werden und wir, soweit es möglich ist, diese auch schonend behandeln. Nur wenn Sie zum Beispiel auf Bundesebene mit dem großen Lob der Landesregierung 500 Milliarden, eine Riesensumme, jetzt für Infrastruktur ausgeben wollen, für neue Straßen, für neue Schulen, für bröckelnde Brücken – Sie loben sich dafür, dass hier im Land 1.000 Windräder gebaut werden –, dann müssen Sie auch den Menschen sagen, wo diese Rohstoffe herkommen sollen.

Dass eine Verknappung zu einer weiteren Verteuerung führt und damit diese Projekte, die Sie alle ja haben wollen, dann viel teurer werden, hat zur Konsequenz, dass diese Projekte dann nicht in Gänze bezahlt werden können.

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Ja, ich immerhin stellvertretendes Mitglied im AWIKE, im Wirtschaftsausschuss. Vielleicht kann ich da mit Herrn Brockes ein klein bisschen mithalten. Also das Ziel ist, die Kreislaufwirtschaft auch im Bausektor hinzubekommen. Und wie schaffen wir es, möglichst viel der mineralischen Abfälle, die die größte Abfallgruppe in Deutschland sind, mit über 220 Millionen Tonnen, in den Kreislauf reinzubekommen?

Wir haben in den letzten zehn Jahren im Recycling- und Aufbereitungsbereich dieser mineralischen Abfälle Riesenfortschritte gemacht. Wir haben hier in NRW die größte Bauschutt-Recyclinganlage Europas stehen, also technisch gar kein Problem mehr. Wir haben auch einen Großteil der mineralischen Abfälle hier in NRW als ein Land mit dieser wirtschaftlichen Situation. Und wir haben bisher einen Kiesabbau, einen Sandabbau in NRW von ungefähr 60 Millionen Tonnen, wenn man hochgeht, teilweise 55 bis 60 Millionen Tonnen.

Wir haben mineralische Abfälle im gleichen Umfang, etwas höher sogar. Bisher werden über 80 % der mineralischen Abfälle in Abgrabungen verkippt. Das ist ja das Perverse. Erst holt man den Sand und Kies raus und kippt dann das da rein, was man heute aufbereiten kann. Wir haben viele innovative kleine Unternehmen, die beispielhaft zeigen, dass das geht.

(Zuruf: Das reicht bei Weitem nicht aus!)

– Natürlich reicht das aus. Ich habe eben den Bedarf von Sand und Kies dargestellt und gesagt, die gleiche Menge gibt es auch an mineralischen Abfällen. Sie müssen dann mal erklären, warum man, egal, ob das ein Fundament von einem Windrad, das Fundament von irgendwelchen Gebäuden ist, dafür nicht aufbereitete mineralische Abfälle, die im Rahmen des Recyclings heute sehr kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können, verwenden soll. Das geht mir überhaupt nicht in den Kopf.

Sie tun der NRW-Wirtschaft überhaupt keinen Gefallen, weil Sie diese innovativen Unternehmen – Sie können im Land rumreisen –, die heute zum Beispiel 100 % Recyclinghäuser anbieten, im Stich lassen, weil Sie für einige große Kies- und Sandunternehmen, die da vielleicht gutes Geld mit verdienen – aus deren Interessen kann man auch nachvollziehen, dass die das nicht ändern wollen – Politik machen, und die vielen kleinen innovativen Unternehmen lassen sie hängen. Das ist die FDP-Politik im Moment.

Und Sie leisten überhaupt keinen Beitrag zur Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft im Bausektor, ohne die die Nachhaltigkeits- und Klimaziele nicht erreichbar sind. Ich verstehe die FDP nicht mal in Ansätzen. Auch das Mengengerüst ist in dem Fall eindeutig darstellbar. Dieser Wechsel ist möglich. Dass eine Landesregierung jetzt versucht, an den verschiedenen Stellschrauben zu drehen, damit wir das hinkriegen, das ist erstens deren Aufgabe und das ist auch zeitgemäß. Deshalb begrüße ich es sehr, wenn die Landesregierung an allen Stellen – wir haben ja auch noch den Bereich Ausschreibung und Vergabe und ähnliche Sachen bei der Baustoffersatzverordnung – die Umsetzung hier im Land NRW so macht, dass das überall fluppt, dass Kommunen das auch machen. Und da würde ich mir wünschen, dass alle Parteien dort eine konstruktive Haltung einnehmen und Vorschläge einbringen, wie wir diesen Prozess der Transformation beschleunigen.

Denn sonst entstehen die ganzen Unternehmen, die da fit sind, in den Nachbarstaaten. Das tun sie auch schon. Gehen Sie mal in die Niederlande und schauen Sie, wie es dort aussieht. Und das ist nämlich zum Nachteil von NRW, was Sie hier mit dieser rückschrittlichen Politik machen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Und jetzt Herr Dr. Nolten, bitte.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Brockes, wenn tatsächlich der Bauboom einsetzen soll, so wie Sie ihn beschrieben haben, wie wir uns vielleicht mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung zumindest in Teilen, in größeren oder in kleineren Teilen wünschen, dann ist immer noch die Frage: Was machen wir mit dem Recyclingmaterial?

Und die Verwendung, die wir heute dafür haben, zum Füllen von Löchern ist nicht die adäquate. Und wenn unter Einsatz allen Recyclingmaterials dann noch eine Lücke im Bedarf bleibt, wird man die auch entsprechend schließen müssen – ob durch Substitute oder durch primäre Rohstoffe. Da sind wir dann dabei. Aber die Zielrichtung habe ich gerade vorgelesen. Es geht darum, auch im Sinne der Kreislaufwirtschaft erst mal dafür zu sorgen, dass das, was wir heute schon haben, adäquat und vernünftig eingesetzt wird.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. – Herr Minister, wollen Sie noch einmal dazu? Bitte sehr.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Ja, Frau Vorsitzende! Herr Abgeordnete Schneider hatte danach gefragt, was das Ziel der Landesregierung ist. Ich empfehle hier das Lesen der Vorlage. Ich darf einfach mal zitieren.

> [..] „Ziele sind die Absenkung des Mengen- und Flächenbedarfs für die Primärbaustoffe Sand und Kies sowie die Erhöhung der Sekundärmaterialquote durch ein verstärktes Recycling und Einsatz von Recyclingmaterialien im Baubereich."

So, das ist das Ziel. Und darum geht es. Eine Abgabe kann genauso gut ein Instrument sein wie die Förderung von Recyclinganlagen, Festlegungen im Landesentwicklungsplan, die Veränderung von Vergabe- und Ausschreibekriterien für Baumaßnahmen und so weiter und so fort.

Ich kann Ihnen eine lange Liste – das haben Sie alles bekommen, wissen Sie auch – entsprechend vortragen. Und daran arbeitet die Landesregierung. Sie haben konkret nach der Rohstoffabgabe gefragt, und wir antworten dann auch. Und dann bitte ich Sie, auch mal die Vorlagen zu lesen. In der Vorlage steht drin, was das Modell ist,

(René Schneider [SPD]: Das ist kein Modell!)

wie eine Rohstoffabgabe funktionieren könnte. Ja, ich lese es Ihnen einfach vor:

> „Im Koalitionsvertrag ist die Einführung einer Rohstoffabgabe vorgesehen. Die Abgabe soll umweltschädlichen Ressourcenverbrauch wirtschaftlich unattraktiv machen und Finanzmittel zur Sanierung und Entwicklung umweltfreundlicher Alternativen generieren."

Das ist das Modell. Ob das am Ende ein Teil wie … Darüber reden wir mit der Branche. Herr Schneider, ich staune ein bisschen. Sie haben mir ja am Anfang vorgeworfen, dass die Landesregierung mit der Branche redet. Jedenfalls war das in so einem Vorwurfston nach dem Motto: Sie reden ja mit denen, die das Problem verursachen. So ungefähr habe ich Sie verstanden. Ich finde, die verursachen jetzt erst mal kein Problem, sondern die liefern Rohstoffe. Und dann muss man mit einer Branche gucken, wie man am Ende auch zu einer Transformation kommt.

Darüber reden wir mit der Branche. Das ist genau die Herausforderung. Und da geht es selbstverständlich darum, dass es am Ende einen gesamtheitlichen Ansatz der Instrumente gibt. Und da werden wir Ihnen ein Ergebnis präsentieren. Da können Sie sicher sein, weil das eine wichtige Aufgabe der Landesregierung ist. Einen entscheidenden Punkt nimmt das ein in der Entwicklung des Landesentwicklungsplans. Und wenn Sie Herrn Brockes in den AWIKE, der dafür zuständig ist, begleiten, können Sie alle diese Fragen dort auch mit dem zuständigen Ressort diskutieren.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Und es gibt die nächste Runde, Herr Schneider und Herr Brockes, bitte sehr.

René Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Minister, es ist ja drollig, wie Sie versuchen, von der Frage abzulenken. Ich habe nicht gefragt, ob Sie da jetzt Rohstoffabgabe und, und, und machen wollen, sondern ich habe Sie konkret, gezielt gefragt, auf welcher wissenschaftlichen Basis Sie eine Rohstoffabgabe – das ist Ihre Kompetenz, da müssen Sie ja jetzt reingehen – berechnen, damit Sie, ich zitiere mich nochmal selber, die Schraube nicht überdrehen, eine Lenkungswirkung erzielen, aber die Branche nicht kaputt machen.

Da habe ich Sie gefragt: Mit welcher Methode legen Sie das fest? Gibt es da eine Untersuchung? Machen Sie da eine Evaluation? Was auch immer machen Sie, um einen Wert aufzurufen, der weder die Branche kaputt macht, aber auch eine Lenkungswirkung erzielt? Und darauf haben Sie keine Antwort gegeben. Das können Sie mir hier nochmal vorlesen. Aber das ist ja irre, was Sie hier machen. Sie gehen dieser Frage aus dem Weg.

Wenn Sie keine Antwort wissen, sagen Sie: Keine Ahnung, Telefonjoker, oder ich kann es heute nicht beantworten. Aber ich stelle fest: Die Frage ist eindeutig von mir gestellt. Und wenn Sie eine Antwort haben, haben Sie jetzt die Möglichkeit, die zu geben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Brockes, bitte.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich erspare mir das weitere Führen dieser Debatte. Aber ich hätte gerne zu dem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ist notiert. Noch einmal, Herr Minister?

Minister Oliver Krischer (MUNV): Er fragt ja schon wieder. – Er hat gerade aufgezeigt. Dann beantworte ich das zusammen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: War das ein Aufzeigen für eine weitere Frage?

René Schneider (SPD): Eine weitere Frage. Aber wenn ich jetzt eine Antwort zur ersten Frage bekommen könnte.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Frau Vorsitzende! Herr Abgeordneter Schneider! Die Frage ist nach dem wissenschaftlichen Modell. Wir haben Ihnen in der Vorlage beschrieben, wie eine Rohstoffabgabe funktioniert. Das ist das Grundprinzip. Und selbstverständlich gehören zu so etwas mehr Details.

Aber gestatten Sie mir: Ich werde Ihnen jetzt hier nicht erläutern, welche Überlegungen es innerhalb der Landesregierung zu dieser Thematik gibt. Das werden wir Ihnen zu gegebener Zeit, wenn es relevant wird, dann entsprechend mitteilen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Schneider!

René Schneider (SPD): Ausstieg, Degressionspfad, Degressionsfaktor führt sicherlich in der Spur am Ende in Richtung AWIKE. Herr Dr. Wille, HDB-Recycling ist natürlich ein Dickschiff im Recycling-Bereich, aber wir reden hier über eine Anlage in ganz Nordrhein-Westfalen. Und wenn man mit dem Betreiber spricht: Der ist enttäuscht darüber, dass zwar die Niederländer ihm angeboten haben, komplett alles, was er produziert, sofort zu nehmen, dass aber die Zurückhaltung in Nordrhein-Westfalen enorm ist, was die Nutzung dieser Ressourcen angeht. Und das ist traurig.

Und damit kommen wir zur Rohstoffabgabe einerseits, die daran etwas tun kann, wenn sie denn in der Höhe so klug gewählt ist, dass die Leute da tatsächlich auch drauf gehen. Aber es führt uns eben auch zur Degression. Und da spielen Sie, Herr Minister, dann doch auch eine Rolle, weil das, was der sehr geschätzte Herr Kollege Dr. Nolten gerade so ausufernd zitiert hat, nämlich das LEP-Ziel, das die Degression und den Degressionsfaktor vor allen Dingen beschreibt, wobei der Geologische Dienst zur Ermittlung des Degressionsfaktors aufgefordert ist. Die Determinanten sind in der … (akustisch unverständlich) genannt. Sie haben das gerade auch getan.

Und ein wichtiger Punkt wird sein, damit der Geologische Dienst das überhaupt errechnen kann, dass er einen Hinweis bekommt: Muss ich mit einer Rohstoffabgabe rechnen? Mit welchen der hier gelobten Instrumente werden wir ins Feld ziehen? So, und die Ankündigung ist ja zum LEP, zum dritten Änderungsprozess, parallel den Geologischen Dienst laufen zu lassen und quasi am Ende des Jahres den Degressionsfaktor anhand der Indizes ermittelt zu haben. Und einer davon ist die Rohstoffabgabe.

Das heißt, es ist schon ein Faktor, ob der Herr Minister mit dieser Rohstoffabgabe fertig wird, ob er sie überhaupt anpeilt, wie er sie anpeilt, wie hoch das Ganze sein wird. Wenn man daraus eine geheime Kommandosache macht, dann wird es schwierig, am Ende einen Degressionsfaktor zu ermitteln, der trägt. Deswegen die konkrete Frage an Sie, Herr Minister: Stehen Sie und Ihr Haus im Austausch mit dem Geologischen Dienst über die Frage der Rohstoffabgabe? Ein einfaches Ja oder Nein würde mir an der Stelle reichen. Ich glaube, das ist jetzt kein so geheimes Regierungshandeln.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Wir stehen mit allen relevanten Institutionen im Austausch.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Und Dr. Nolten, bitte.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Wenn es also möglich ist, in den Niederlanden dieses Material sofort umfänglich, so wie Sie es dargestellt haben, auf den Markt zu bringen und bei uns nicht, dann ist ja die Frage: Woran hängt es denn bei uns, dass es nicht auf den Markt kommt? Gibt es da Gewährleistungsverpflichtungen, denen man nicht nachkommen möchte? Wo sind die entsprechenden Handicaps?

Dann ist man doch gut beraten, mit allen im Gespräch zu sein, bevor man anfängt, hinten raus über die Rohstoffgabe – da wäre ich bei Kollegen Brockes – zu drohen, statt zu sehen, dass das Material, was abfließen könnte, was vorhanden ist, auch tatsächlich abfließt. Und deswegen ist der Weg, der hier gewählt worden ist, genau der richtige.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Und Dr. Wille, bitte.

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Ja, nochmal den ganz einfachen Sachverhalt. Also es ist ja nicht so … Wenn man auf die Homepage dort guckt und sich vor Ort informiert, was wir ja alle schon gemacht haben, gibt es natürlich sehr viele Verwendungen, auch hier bei uns in NRW, auch von den Materialien, die dort hergestellt werden.

Wir haben nur die Situation, dass der Kies und Sand bei uns so billig sind. Recycling ist gleich teuer ungefähr. Es ist nur ein ganz geringer Preisunterschied. Die Kaufentscheidung von den Leuten ist dann genau so: Wenn Sie zum Autohändler gehen und Gebrauchtwagen und Neuwagen nebeneinander stehen, die das Gleiche kosten, dann entscheiden Sie sich für den Neuwagen. Dann kaufen die Leute den Neuwagen. So, es ist der Ansatz der Rohstoffabgabe, da einen Preisunterschied deutlich zu machen, dass Recycling belohnt wird, auch durch andere Maßnahmen.

Von daher: Wir haben auch weitere noch größere Anlagen in NRW in der konkreten Planung. Wir haben viele Anlagen, insbesondere im Trockenrecycling, die gar nicht ausgelastet sind. Also wenn man es wirklich will, dann kann man sehr schnell innerhalb ganz weniger Monate oder jedenfalls in ein, zwei Jahren das Angebot an Recyclingmaterialien von den mineralischen Abfällen, die bisher verkippt werden – was in der Statistik, das wissen wir hoffentlich alle, irreführenderweise als Verwertung bezeichnet wird, aber keine Verwertung ist, da es nicht in den Kreislauf zurückgeführt wird, sondern quasi auf Dauer deponiert wird –, deutlich erhöhen.

Es ist einfach ein Webfehler in der entsprechenden Bezeichnung und auch in der Bundesgesetzgebung, dass das Verkippen mineralischer Abfälle in Abgrabungen als Verwertung gilt. Dann hat man schöne hohe Werte: 80 %, 90 % Verwertung mineralischer Abfälle. Das stimmt einfach nicht. Und das ist das, was wir hier auf Landesebene versuchen, schrittweise zu korrigieren. Und da kann ich nur an alle appellieren, daran konstruktiv mitzuwirken. Wer bessere Vorschläge hat, ist herzlich eingeladen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann schließe ich den Tagesordnungspunkt 8.

10 Wildnisgebiete statt Nationalparks: Was plant die Landesregierung? *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 9])*

Minister Oliver Krischer (MUNV) berichtet:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Der Schutz der Natur und der Erhalt der biologischen Vielfalt ist zentrales Ziel der Landesregierung. Da geht es auch darum, dass auf Flächen im Land möglichst natürliche Kreisläufe stattfinden können, wo beispielsweise bei Baumbeständen Totholze wertvolle Lebensräume bieten können. Das sind am Ende Flächen, die gerade bedrohten Arten einen Lebensraum bieten. Deshalb unterstützt die Landesregierung ausdrücklich alle Aktivitäten und Ziele, auch die Ausweisung von Naturschutzgebieten beispielsweise auf kommunaler Ebene, die das Schutzziel Wildnis entwickelt haben.

Die Koalitionsfraktionen haben im Koalitionsvertrag verankert, dass weitere öffentliche Wälder aus der Nutzung genommen werden sollen, damit Nordrhein-Westfalen hier auch einen entsprechenden Beitrag leisten kann. Wir sehen uns dabei auch im Einklang mit den Zielen der bisherigen Bundesregierung. Ich glaube, das wird aber von der neuen Bundesregierung nicht grundsätzlich in Frage gestellt, nämlich das Ziel, dass auf 2 % der Landesfläche Wildnis ermöglicht werden soll. Bei diesem Ziel sind wir in Nordrhein-Westfalen noch nicht. Da müssen wir noch einiges tun. Wir haben allerdings eine Reihe von Prozessschutzflächen, Flächen in Wäldern mit natürlicher Waldentwicklung.

Wir hatten zu der Thematik schon mal eine Nachfrage und haben Ihnen mit Vorlage 18/3577 die Flächen bereits zur Verfügung gestellt. Wir arbeiten als Landesregierung daran, hier insgesamt auch den Zielen Rechnung zu tragen und eine entsprechende Ausweitung zu ermöglichen. Darüber werden wir Sie auch zu gegebener Zeit informieren.

Es gab, Herr Abgeordneter Brockes, noch eine weitere Frage in Ihrer Berichtsanfrage. Da beziehen Sie sich auf den Runderlass zur Zusammenarbeit zwischen Naturschutz- und Forstbehörden, der im Februar veröffentlicht wurde. Dieser Erlass ist nicht neu. Der hat gar nichts mit der aktuellen Landesregierung zu tun, sondern diesen Erlass gibt es schon seit dem Jahr 1996, also seit nunmehr bald 30 Jahren.

Wir haben diesen Erlass aktualisiert. Man kann leicht nachvollziehen, dass sich die Welt seit 1996 auch in der Zusammenarbeit zwischen Natur- und Forstbehörden in vielerlei Hinsicht weiterentwickelt hat und es insofern eine Novellierung dieses Erlasses gibt und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden geregelt wird. Da wird für eine gute Praxis, die es in der Vergangenheit auch schon gab, wie Behörden von der Naturschutzseite und der Forstseite zusammenarbeiten, eine aktualisierte Grundlage geschaffen.

Dietmar Brockes (FDP) hält fest, Herr Minister habe die 2 % Landesfläche für Wildnis angesprochen und gesagt, man wäre noch weit davon entfernt. Er bitte, die konkreten Zahlen noch zu übermitteln.

Minister Oliver Krischer (MUNV) verweist auf die Vorlage 18/3577 vom 10. Februar 2025, in der die Zahlen stünden. Da sei es um eine Berichtsanfrage der SPD-Fraktion gegangen.

11 Verschiedenes

hier: **Razzien Anfang April zu Verdachtsfällen illegaler Bodenaushubentsorgung**

Minister Oliver Krischer (MUNV) berichtet:

Ich hätte nur einen Hinweis. In der letzten Sitzung hatten wir Ihnen über Verdachtsfälle der illegalen Bodenaushubentsorgung berichtet. Diese Razzien hatten Anfang April stattgefunden. Und ich hatte Ihnen zugesagt: Wenn es hier neue Verdachtsfälle gibt, werden wir, sofern die Ermittlungen das zulassen, Ihnen darüber berichten. Es gibt in der Tat einen neuen weiteren, wie ich finde, sehr relevanten Verdachtsfall.

Betroffen ist ein Transportunternehmen aus dem Kreis Heinsberg. Dieses hat an seinem Standort in Selfkant etwa 30.000 Tonnen Erdaushub auf seinem Betriebsgelände abgelagert. Es besteht der Verdacht, dass das Unternehmen entgegen seiner Betriebsgenehmigung dort zumindest auch gefährlichen Abfall abgelagert hat. Erste Probenentnahmen durch den Kreis Heinsberg, die wir von Seiten des LANUK unterstützt haben, weil der Kreis Heinsberg nicht über ein entsprechendes Labor und eine Einrichtung verfügt, weisen darauf hin, dass es hier relevante Schadstoffbelastungen gibt.

Der Kreis Heinsberg hat Strafanzeige erstattet. Die ZeUK ermittelt. Der Kreis hat eine Ordnungsverfügung erlassen, den Betrieb vorläufig stillgelegt und angeordnet, das Material entsprechend abzudecken. Es zeigt sich auch hier, dass es neben den Fällen, über die wir beim letzten Mal berichtet haben, die auch Gegenstand der öffentlichen Berichterstattung waren, hier noch weitere Fälle gibt, die durch die Ermittlungen der ZeUK und entsprechende Hinweise zutage getreten sind.

Ich bin in dem Zusammenhang Herrn Abgeordneten Brockes noch eine Information schuldig. Herr Brockes hatte in der vergangenen Ausschusssitzung nach einem Fall illegaler Entsorgung aus dem Jahr 2022 in Recklinghausen gefragt. Herr Brockes, Sie hatten da den Ruhrradweg erwähnt. Das hat mich etwas verwirrt. Der Ruhrradweg geht nämlich gar nicht durch Recklinghausen. Das hat dazu geführt, dass wir nicht ganz zuordnen konnten, was das für ein Fall ist.

Wir haben das in Zwischenzeit aufklären können. Es handelt sich um die König-Ludwig-Trasse. Im Jahr 2022 ist eine Menge belasteten Bodenaushubs auf der Trasse des zu bauenden Radweges entsorgt worden. Der Bauunternehmer hat das damals als Zwischenlagerung deklariert, was dann von einem anderen Bauunternehmer versehentlich eingebaut worden sei, also eine sehr interessante Begründung und Geschichte. Inzwischen hat die zuständige Ordnungsbehörde veranlasst, dass diese Bodenmenge wieder ausgebaut worden ist. Das Material ist ordnungsgemäß entsorgt. Also das Problem aus dem März, April 2022, das Sie angesprochen haben, ist erledigt. Wir haben ausdrücklich noch mal bei der ZeUK nachgefragt.

Dieses hat nichts mit den aktuellen Fällen und mit den hochproblematischen und illegalen, um nicht zu sagen, kriminellen Aktivitäten zu tun, über die ich vorhin und in der letzten Sitzung berichtet habe.

Dietmar Brockes (FDP) bedankt sich für die Nachlieferung der Informationen. Wie gesagt, er habe das den Medien entnehmen können. Interessant sei in dem Zusammenhang, dass diese, wie Herr Minister gerade gesagt habe, interessante Begründung zu keinerlei Konsequenzen bei der Unteren Bodenschutzbehörde geführt habe. Und seine Frage sei in dem Zusammenhang, ob das so üblich sei. Es handele sich scheinbar um dasselbe Unternehmen, was jetzt sehr auffällig geworden sei.

Minister Oliver Krischer (MUNV) erwidert, das, was Herr Brockes zum Schluss gesagt habe, könne er ausdrücklich nicht bestätigen. Die Konsequenz sei selbstverständlich gezogen worden. Die Untere Bodenschutzbehörde des Kreises Recklinghausen habe dafür gesorgt, dass das Material ordnungsgemäß entsorgt worden sei, selbstverständlich auf Kosten des Unternehmers. Der habe das dann auch durchgeführt.

Insofern sei hier der ordnungsgemäße Zustand wiederhergestellt worden. Über weitere Details, ob es hier zu Bußgeldern oder Ähnlichem gekommen sei, könne er jetzt nicht berichten. Aber ein dauerhafter Schaden sei an der Stelle zumindest nicht entstanden.

René Schneider (SPD) gibt zu bedenken, das, was die Leute draußen interessiere, sei neben den Machenschaften, wie es dazu habe kommen können, natürlich auch, wo die Dinge, wo der Erdaushub verklappt worden sei. An dieser Stelle, so habe er es verstanden, sei es das Betriebsgelände dieses Transportunternehmens.

Er frage, ob es mittlerweile weitere Örtlichkeiten gebe, die der Minister nennen könne, von denen ausgegangen werden müsse, dass dort – ähnlich wie in Garzweiler, dem Ausgangspunkt dieser ganzen Ermittlungen – so etwas verklappt worden sei, weshalb sich in der Folge die öffentliche Hand darum kümmern müsse, die Schadensbeseitigung vorzunehmen. Er frage, ob der Minister schon weitere Örtlichkeiten nennen könne.

Minister Oliver Krischer (MUNV) antwortet, man sei nach wie vor auch zusammen mit den örtlichen Bodenschutzbehörden und Umweltbehörden dabei, das Ausmaß der Schäden zu ermitteln, sprich durch Proben festzustellen, inwieweit hier tatsächlich Belastungen vorlägen.

Wie beim letzten Mal berichtet, gebe es eine Reihe von betroffenen Standorten in Nordrhein-Westfalen. Es sei die ausdrückliche Bitte der Ermittlungsbehörden, aus ermittlungstaktischen Gründen diese Standorte nicht zu nennen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill bedankt sich bei Minister Krischer, dass er das noch eingebracht habe und damit seinem Versprechen gerecht werde, den Ausschuss auf dem Laufen zu halten.

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende

9 Anlagen
20.05.2025/23.05.2025

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Dietmar Brockes MdL
Stellv. Vorsitzender des Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

FDP-Landtagsfraktion NRW I Platz des Landtags 1 I 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende
des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Düsseldorf, 14. April 2025

Berichtsanfrage für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 07. Mai 2025 zur Thematik: „Umsetzung der Novelle der Bioabfallverordnung in Nordrhein-Westfalen“

Sehr geehrte Frau Dr. Peill,

die Novelle der Bioabfallverordnung (BioAbfV), die am 1. Mai 2025 in Kraft tritt, bringt tiefgreifende Änderungen für die getrennte Sammlung und Behandlung von Bioabfällen mit sich. Insbesondere die gesetzlich vorgeschriebene Begrenzung des Fremdstoffanteils auf maximal 1 % stellt sowohl kommunale Entsorgungsträger als auch Bürgerinnen und Bürger vor erhebliche Herausforderungen. Ziel der neuen Regelung ist es, die Qualität der erzeugten Komposte zu verbessern, die Umwelt vor Mikroplastik und anderen Verunreinigungen zu schützen und die Kreislaufwirtschaft weiter zu stärken.
Nach Angaben der Verbraucherzentrale NRW könnten in vielen Kommunen künftig Biotonnen mit zu hohem Störstoffanteil stehen gelassen werden. Entsorger müssen die Inhalte vor der Kompostierung noch stärker aufbereiten, was mit technischem und finanziellem Mehraufwand verbunden ist. Gleichzeitig ist noch unklar, wie die Kontrolle der Fremdstoffgehalte konkret umgesetzt werden soll, da die Regelung keinen bundeseinheitlichen Prüfmechanismus vorsieht. Für die Bürgerinnen und Bürger besteht zudem die Gefahr, bei Fehlbefüllungen Bußgelder zahlen zu müssen, sofern die Kommunen dies per Satzung umsetzen.

Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Landtagsfraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 7. Mai 2025. Der Bericht sollte dabei insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Welche Maßnahmen hat das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr ergriffen, um die Kommunen bei der Umsetzung der neuen Anforderungen der BioAbfV zu unterstützen?

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 I 884 2750
F: 0211 I 884 I 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
www.facebook.com/dietmar.brockes
www.twitter.com/brockes

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

2. Wie wird sichergestellt, dass Bürgerinnen und Bürger umfassend über die neuen Regelungen informiert werden, um Fehlbefüllungen und daraus resultierende Bußgelder zu vermeiden?
3. Welche Unterstützung erhalten Entsorgungsunternehmen bei der Anpassung ihrer Prozesse an die neuen Qualitätsanforderungen?
4. Wie bewertet das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr die Auswirkungen der neuen Regelungen auf die Recyclingquoten und die Qualität des erzeugten Komposts in Nordrhein-Westfalen?

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Dietmar Brockes MdL
Stellv. Vorsitzender des Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

FDP-Landtagsfraktion NRW I Platz des Landtags 1 I 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende
des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Düsseldorf, 14. April 2025

Berichtsanfrage für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 07. Mai 2025 zur Thematik: „Aktuelle Waldbrandgefahr und Maßnahmen der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen“

Sehr geehrte Frau Dr. Peill,

die anhaltende Trockenheit in Nordrhein-Westfalen hat zu einer erhöhten Waldbrandgefahr geführt. Bereits am vergangenen Wochenende kam es zu mehreren Waldbränden, unter anderem in Sundern im Sauerland, wo rund 20.000 Quadratmeter Waldfläche betroffen waren. Auch in Simmerath bei Aachen, Overath im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Wuppertaler Waldgebiet Burgholz wurden Brände gemeldet, die umfangreiche Einsätze der Feuerwehr erforderten.
Diese Ereignisse verdeutlichen die Notwendigkeit einer effektiven Prävention und schnellen Reaktion auf Waldbrände.

Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Landtagsfraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 7. Mai 2025. Der Bericht sollte dabei insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Prävention von Waldbränden in besonders gefährdeten Regionen?
2. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen der Forstverwaltung und den örtlichen Feuerwehren organisiert, um im Waldbrandfall eine schnelle und koordinierte Reaktion sicherzustellen?
3. Welche Rolle spielt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV) bei der landesweiten Koordinierung der Waldbrandprävention, insbesondere im Hinblick auf Schulungen, gemeinsame Übungen und den Austausch bewährter Verfahren?

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 I 884 2750
F: 0211 I 884 I 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
www.facebook.com/dietmar.brockes
www.twitter.com/brockes

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

4. Welche Erkenntnisse hat das MUNV aus bisherigen Waldbrandereignissen gewonnen und wie fließen diese in die zukünftige Risikoanalyse, Prävention und Einsatzplanung ein?

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Dietmar Brockes MdL
Stellv. Vorsitzender des Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

FDP-Landtagsfraktion NRW I Platz des Landtags 1 I 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende
des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Düsseldorf, 15. April 2025

Berichtsanfrage für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 07. Mai 2025 zur Thematik: „Förderstopp für Waldumbau in Nordrhein-Westfalen“

Sehr geehrte Frau Dr. Peill,

Bereits im Frühjahr 2024 hatte das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf eine Berichtsanfrage hin erläutert, dass es zu einem kurzfristigen Bewilligungsstopp bei den Förderprogrammen zur Wiederbewaldung gekommen sei. Ursache sei damals eine überraschend hohe Fördernachfrage im Rahmen der Förderrichtlinien „Extremwetterfolgen“ gewesen, insbesondere im niederschwelligen Förderprogramm („800 für 400“). Es wurde betont, dass es sich lediglich um einen internen Verwaltungsvorgang gehandelt habe, der der haushaltsgerechten Mittelbewirtschaftung diene. Zugleich versicherte die Landesregierung, dass die Förderprogramme im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel fortgeführt würden.

Rund ein Jahr später, im Frühjahr 2025, beklagt der Bund Deutscher Forstleute NRW erneut einen faktischen Förderstopp. Wieder ist von einem frühzeitig ausgeschöpften Fördertopf die Rede, wieder bleiben viele Waldbesitzende mit bereits geplanten Maßnahmen ohne Aussicht auf Unterstützung, wieder werden zentrale Ziele der Wiederbewaldung und des Waldumbaus gefährdet. Neu ist dieses Mal der Zusammenhang mit dem Anfang 2025 unterzeichneten *Waldpakt 2.0*, in dem die Landesregierung gemeinsam mit den forstlichen Akteuren die Intensivierung der Wiederbewaldung als zentrales Ziel benannt hat.

Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Landtagsfraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 7. Mai 2025. Der Bericht sollte dabei insbesondere folgende Fragen beantworten:

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 I 884 2750
F: 0211 I 884 I 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
www.facebook.com/dietmar.brockes
www.twitter.com/brockes

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

1. Welche Förderprogramme zur Wiederbewaldung, zum Waldumbau und zur Pflege von Waldbeständen sind derzeit in NRW betroffen und in welchem Umfang wurden Mittel für das Jahr 2025 bereits ausgeschöpft?
2. Welche Auswirkungen hat der Förderstopp nach Kenntnis der Landesregierung konkret auf bereits geplante Pflanz- und Pflegemaßnahmen in privaten und kommunalen Wäldern?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Kritik des BDF NRW, dass der Förderstopp zentrale Ziele des Waldpakts 2.0 gefährde?
4. Welche strukturellen oder organisatorischen Änderungen wurden seit dem letztjährigen Bewilligungsstopp im Frühjahr 2024 vorgenommen, um eine Wiederholung der damaligen Probleme zu vermeiden – und falls keine Änderungen erfolgt sind: warum nicht?
5. Plant die Landesregierung einen Nachtragshaushalt oder anderweitige Maßnahmen zur Schließung der Förderlücke?
6. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um die Kommunikation mit den Waldbesitzenden hinsichtlich Mittelverfügbarkeit und Perspektiven zu verbessern?

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL

NRW
DIE FRAKTION
SPD

René Schneider MdL
Sprecher für Umwelt-. Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 63
F 0211.884-32 28
rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

17.04.2025

Förderprogramme für die Wald- und Forstwirtschaft: Wer, was, wie und wie viel wird gefördert?
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 7. Mai 2025

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Bericht „Aktueller Stand der Unterstützung der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer beim Wiederaufbau der Wälder“ (Vorlage 18/3788) vom 8. April 2025 schildert die Landesregierung, dass aufgrund des großen Interesses an den Förderangeboten zur Wiederaufforstung der Wälder bereits das maximal mögliche Fördervolumen erreicht sei. Insgesamt stehen für das laufende Jahr 2025 etwa16 Millionen Euro landesseitig für unterschiedliche Förderprogramme zur Verfügung.

Laut dem Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind ausreichende Mittel vorhanden, um alle beantragten und bereits genehmigten Maßnahmen zu fördern, die im Rahmen eines zugelassenen vorzeitigen Maßnahmenbeginns gestartet wurden.

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 07. Mai 2025 zum Thema: „Förderprogramme für die Wald- und Forstwirtschaft: Wer, was, wie und wie viel wird gefördert?“

Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Welche Fördermittel sind im Jahr 2025 in Nordrhein-Westfalen in die Wiederbewaldung geflossen – jeweils in welcher Höhe, aus welchen Titelgruppen des Landeshaushalts sowie aus Bundes- EU-Mitteln?
2. Zu welchem Zeitpunkt wurde der Landesregierung bekannt, dass es aufgrund des hohen Förderzuspruchs möglicherweise zu einer Überzeichnung der Mittel kommen kann?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

3. Wer hat Fördermittel zur Wiederbewaldung beantragt?
   Bitte differenziert nach Umfang der Förderung pro Förderprogramm sowie nach Art, Betriebsform und Größe der Forstbetriebe – aufgegliedert nach den folgenden Größenkategorien:
   - bis 5 ha
   - 5 ha bis unter 20 ha
   - 20 ha bis unter 50 ha
   - 50 ha bis unter 100 ha
   - 100 ha bis unter 500 ha
   - mehr als 500 ha
   - Bitte zudem die Zuordnung zu Privatwald oder Körperschaftswald sowie die jeweilige Art der Förderung (Initialbegründung, Standard, Prämien) angeben.
4. Welche konkreten Förderprogramme wurden von den einzelnen Forstbetrieben beantragt – in welchem Umfang und in welcher Verteilung nach Betriebsgröße sowie nach Privat- und Körperschaftswald?
5. Welche Möglichkeiten sieht das MLV, weitere Fördermittel für das Jahr 2025 aus Landes-, Bundes und EU-Mitteln zu erhalten, um die Herbstpflanzung zu ermöglichen?
6. Plant das MLV, für das Jahr 2026 die Fördermittel für die Wiederbewaldung zu erhöhen?

Mit freundlichen Grüßen

René Schneider MdL

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

René Schneider MdL
Sprecher für Umwelt-. Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 63
F 0211.884-32 28
rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

17.04.2025

Baum-Scheck-Programm: Auch nur ein weiteres leeres Versprechen der Landesregierung?
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 7. Mai 2025

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Koalitionsvertrag verspricht die schwarz-grüne Landesregierung ein „Baum-Scheck-Programm“, mit dem mehr als eine Million Bäume in den Städten und Gemeinden neu gepflanzt werden sollen. Mit dem angedachten Förderprogramm sollen unter anderem bestehende Alleen geschützt, instandgesetzt und ausgebaut werden.

In den unlängst vorgestellten Klimaanpassungsmaßnahmen des NRW-Umweltministeriums ist von der Umsetzung dieses Programms jedoch keine Rede mehr.

Dabei hat der LANUV-Fachbericht 157 eindrücklich bestätigt, dass sich das Klima in NRW spürbar verändert. Die Zahl der Hitzetage und die Durchschnittstemperatur sind im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter bereits deutlich gestiegen.
Um die Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger – besonders in dicht bebauten Gegenden – durch Hitzeinseln zu reduzieren, ist der Ausbau kommunaler Grünflächeninfrastruktur essenziell.

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 7. Mai 2025 zum Thema: „Baum-Scheck-Programm: Auch nur ein weiteres leeres Versprechen der Landesregierung?“

Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Wie wird das im Koalitionsvertrag angekündigte „Baum-Scheck-Programm“ in der laufenden Legislaturperiode konkret umgesetzt?
2. Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand hinsichtlich der Erarbeitung einer entsprechenden Förderrichtlinie?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

3. Wie viele Baumpflanzungen wird die Landesregierung über das vorgesehene Programm in dieser Legislaturperiode noch fördern?
4. Wie hoch ist der finanzielle Bedarf zur Umsetzung der versprochenen einen Millionen Bäume in den Städten und Gemeinden?
5. Welche alternativen Förderprogramme zur Schaffung von mehr Grünflächeninfrastruktur und zur kommunalen Klimaanpassung plant die Landesregierung?

Mit freundlichen Grüßen

René Schneider MdL

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

NRW DIE FRAKTION SPD

René Schneider MdL
Sprecher für Umwelt-. Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 63
F 0211.884-32 28
rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

17.04.2025

Wenn was Wichtiges fehlt: Wie geht es weiter mit der Lndsgrtnsch [sic] 2029 nachdem die Stadt Kleve mit einem Areal geplant hat, das ihr gar nicht gehört?
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 7. Mai 2025

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Landesgartenschauen sind ein Booster für Regionen, Städte und innovativen Naturschutz. Deshalb ist es guter Konsens der demokratischen Fraktionen, sie zum Erfolg zu führen. Dazu gehört kluge Planung von Anfang an. Auch in Kleve steigt bereits jetzt die Vorfreude auf die Landesgartenschau 2029 – jedoch mit einem herben Dämpfer. Ein zentrales Gelände, das die Stadt überhaupt nicht in der Hand hat, wurde bei der Bewerbung schon fleißig als Kernbereich verplant. Parkplätze, ein Themen-Garten und eine Biodiversitätsinsel sind darauf in den Bewerbungsunterlagen eingezeichnet. Der Haken: Das Gelände gehört einem Landwirt, der sein Areal für den gegenwärtig in Rede stehenden Preis nicht abgeben möchte.[1] Deshalb fragen wir nun mit Sorge um den von allen erhofften Erfolg nach.

Die SPD-Fraktion bittet die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 07. Mai 2025 zum Thema: „Wenn das Wichtigste fehlt: Wie geht es weiter mit der Lndsgrtnsch [sic] 2029 nachdem die Stadt Kleve mit einem Areal geplant hat, das ihr gar nicht gehört?“

Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über das in Rede stehende Gelände und welche Auswirkungen hat es auf die Landesgartenschau 2029, wenn es aus der Planung herausgenommen werden muss?
2. War der Bewertungskommission um die zuständige Ministerin Silke Gorißen beim Zuschlag für Kleve bekannt, dass in den Unterlagen der Stadt Kleve im

[1] https://www.kleveblog.de/liebling-ich-habe-die-landesgartenschau-geschrumpft/

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

vorgesehenen LAGA-Konzept ein Gelände ausgewiesen ist, das gar nicht im Besitz der Stadt ist? Wenn ja, wie wurde dies in der Kommission diskutiert?

3. Wann hat Ministerin Gorißen erstmals Hinweise darauf erhalten, dass das zentral eingeplante Gelände für die LAGA noch im Besitz eines Landeswirts ist?
4. Inwieweit hätte Kleve aus Sicht der Landesregierung auch ohne dieses zentrale Gelände den Zuschlag für die LAGA 2029 erhalten?
5. Wie unterstützt die Landesregierung die Stadt Kleve, damit die Gartenschau 2029 trotz der beschriebenen Widrigkeit erfolgreich stattfinden kann?

Mit freundlichen Grüßen

René Schneider MdL

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

René Schneider MdL
Sprecher für Umwelt-. Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 63
F 0211.884-32 28
rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

17.04.2025

LEADER-Förderung in NRW in Gefahr: Welche Auswirkungen hat die Richtlinien-Anpassung auf Vereine und Ehrenamt?
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 7. Mai 2025

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

das LEADER-Programm ist ein zentrales Instrument, um den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Es ermöglicht eine nachhaltige Regionalentwicklung, die von den Menschen vor Ort mitgestaltet wird. Besonders Vereine und zivilgesellschaftliche Gruppen profitieren, da sie mit ihren Ideen zur Lebensqualität, Gemeinschaft und Daseinsvorsorge beitragen können. LEADER fördert Projekte, die den sozialen Zusammenhalt stärken, Ehrenamt unterstützen und innovative Lösungen für lokale Herausforderungen bieten.
Durch finanzielle Unterstützung, Netzwerkbildung und professionelle Begleitung werden aus kleinen Ideen wirksame Impulse für die Region. Es schafft Räume für Beteiligung, macht Engagement sichtbar und stärkt damit die demokratische Kultur in Nordrhein-Westfalen.
LEADER ist somit mehr als ein Förderinstrument – es ist ein Motor für gemeinschaftliches Handeln. Umso wichtiger ist es, dass auch zivilgesellschaftliche Akteure weiterhin niedrigschwelligen Zugang dazu haben.

Durch den Runderlass des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur „Dritten Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung regionaler Entwicklungsstrategien nach LEADER“ vom 23. Januar 2025 ist auch die Nummer 4.2 geändert worden. Demnach müssen nun geförderte Projekte,

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

„sofern es sich nicht um eine gewerbliche oder auf Gewinnerzielung abzielende Maßnahme handelt, uneingeschränkt öffentlich zugänglich beziehungsweise nutzbar sein".[1]

Diese Änderung erschwert dem Vernehmen nach die Antragsstellung und Genehmigung von Projekten erheblich. Nach Informationen aus den LEADER-Regionen könnten zahlreiche Vorhaben von Vereinen von der Förderung ausgeschlossen werden. Viele Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren, werden damit offenkundig vor dem Kopf gestoßen.

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 7. Mai 2025 zum Thema: „LEADER-Förderung in NRW in Gefahr: Welche Auswirkungen hat die Richtlinien-Anpassung auf Vereine und Ehrenamt?"

Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Warum ist die Förderrichtlinie in der Fassung vom 23. Januar 2025 vor allem bezüglich der Nummer 4.2 verschärft worden?
2. Wie wird „uneingeschränkt öffentlich zugänglich" konkret definiert?
3. Inwiefern können eingetragene Vereine weiterhin Fördermittel für eigene Projekte beantragen, wenn ihre Angebote zwar öffentlich, aber in vereinseigenen Räumen stattfinden?
4. Welche spezifischen Anforderungen müssen Vereine und andere zivilgesellschaftliche Gruppen künftig erfüllen, um trotz der verschärften Bedingungen förderfähig zu bleiben?
5. Wie und anhand welcher Bewertungsmaßstäbe wird der öffentliche Nutzen eines Projekts geprüft und bewertet?

Mit freundlichen Grüßen

René Schneider MdL

---

1 https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=1&gld_nr=7&ugl_nr=7817&bes_id=34405&menu=0&sg=0&aufgehoben=N&keyword=leader#det0

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

NRW DIE FRAKTION SPD

René Schneider MdL
Sprecher für Umwelt-. Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 63
F 0211.884-32 28
rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

17.04.2025

Trostpflästerchen statt echter Rohstoffabgabe: Wieso setzt die Landesregierung nur auf ein freiwilliges Modell?
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 7. Mai 2025

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

es schien, als sei in Sachen „Rohstoffabgabe“ häufig aufgeschoben inzwischen auch aufgehoben. Im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen hieß es noch: „Umweltlenkungsabgaben können als marktwirtschaftliches Instrument umweltschädlichen Ressourcenverbrauch wirtschaftlich unattraktiv machen und Finanzmittel zur Sanierung und Entwicklung umweltfreundlicher Alternativen generieren. Deshalb werden wir eine Rohstoffabgabe spätestens zum 1. Januar 2024 einführen und diese auf Kies und Sand beschränken.“[1] Bei zahlreichen Nachfragen im Laufe der Legislaturperiode vertröstete die Landesregierung mit Blick auf die Einführung immer wieder und kassierte letztlich den 1. Januar 2024 ein. In der Jahresplanung 2025 des mit der Entwicklung der Abgabe betrauten Umweltministeriums taucht das Vorhaben gar nicht mehr auf.[2]

Doch inzwischen, so ist aus Fachkreisen zu vernehmen, strebt das Ministerium nur noch eine Minimallösung zur vermeintlichen Umsetzung des Koalitionsziels an. Nicht das Land soll demnach eine Rohstoffabgabe festsetzen. Offenkundig soll das Modell stattdessen auf Freiwilligkeit und Selbstverpflichtungen von Kies- und Sand-Unternehmen basieren. Ausgerechnet der Verband der Bau- und Rohstoffindustrie (vero) hatte einen solchen Ansatz ins Spiel gebracht. Bei einer entsprechenden Anhörung im Landtag erklärte Vero-Vertreter Raimo Benger: „Morgen werde ich mich auch hinsetzen – auch das

[1] https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf
[2] https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-3453.pdf

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

habe ich zugesagt – und einmal eine mögliche Selbstverpflichtung ausarbeiten, die ich dann am Montag meinem Vorstand vorlegen werde, wie wir in diesem Bereich weiterkommen. Vielleicht ist das ein Weg. Es gibt Musterbeispiele aus verschiedenen Industriebranchen zu verschiedenen Themen. Es wird schwierig werden, das hinzubekommen, aber ich werde das morgen
versuchen und hoffe, damit an die Landesregierung gehen zu können."[3] Dies scheint mittlerweile geschehen und Konsens in der Koalition geworden zu sein. Aus der vollmundig angekündigten Rohstoffabgabe würde damit nicht mehr als ein Trostpflästerchen.

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 07. Mai 2025 zum Thema: „Trostpflästerchen statt echter Rohstoffabgabe: Wieso setzt die Landesregierung nun auf ein freiwilliges Modell?"

Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Wann legt die Landesregierung ein Konzept für eine Rohstoffabgabe oder ein alternatives Modell vor?
2. Was sind die Eckpunkte eines Abgabemodells, das auf Freiwilligkeit beruht?
3. Inwieweit sind betroffene Unternehmen und entsprechende Verbände in die Erarbeitung eines solchen Modells eingebunden?
4. Haben sich Vertreter des Umweltministeriums mit dem Verband vero getroffen, um über die angebotene Selbstverpflichtung zu sprechen?
5. Wie evaluiert die Landesregierung ökonomisch die Lenkungswirkung eines auf Freiwilligkeit basierenden Modells im Vergleich zu einer staatlich festgelegten Rohstoffabgabe? (Bitte um Darlegung der ökonomischen Modelle und Berechnungen, die der Evaluierung der ursprünglich angedachten Rohstoffabgabe und der neuen in Erwägung gezogenen Modellen zu Grunde liegen)

Mit freundlichen Grüßen

René Schneider MdL

[3] https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?Id=MMA18%2F330|1|1&Id=MMA18%2F330|3|34&Id=MMA18%2F330|35|36

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Dietmar Brockes MdL
Stellv. Vorsitzender des Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

FDP-Landtagsfraktion NRW I Platz des Landtags 1 I 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende
des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Düsseldorf, 30. April 2025

Berichtsanfrage für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 07. Mai 2025 zur Thematik: „Wildnisgebiete statt Nationalparks: Was plant die Landesregierung?“

Sehr geehrte Frau Dr. Peill,

Trotz der eindeutigen Ablehnung eines zweiten Nationalparks durch die Bevölkerung – unter anderem durch die Bürgerbescheide – mehren sich Hinweise, dass die Landesregierung nun großflächige Flächenstilllegungen in Form sogenannter „Wildnisgebiete“ plant. Den Berichten nach sollen etwa 13.000 ha Staatswald betroffen sein, die demnächst aus der Nutzung genommen werden sollen. Gleichzeitig fordern Naturschutzverbände wie der NABU NRW, Wildnisflächen auf bis zu 2 % der Landesfläche auszudehnen – das entspräche mehr als 65.000 ha.
Die Staatskanzlei hält sich bislang bedeckt. Es ist zu befürchten, dass hier unter Umgehung der politischen Debatte und des Bürgerwillens ein „zweiter Nationalpark durch die Hintertür“ entstehen könnte.
Zugleich wirft der neue gemeinsame Runderlass des MUNV und MLV vom 5. Februar 2025 mit dem Titel „Zusammenarbeit zwischen Naturschutz- und Forstbehörden bei der Wahrnehmung der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege im Wald“Fragen auf: Dieser sieht eine verstärkte Zusammenarbeit von Forst- und Naturschutzbehörden vor. Darin werden engere Abstimmungsprozesse bei forstlichen Maßnahmen sowie gemeinsame Bewertungen und Dokumentationen insbesondere in naturschutzfachlich sensiblen Gebieten festgeschrieben. In der Praxis könnte dies zu einem spürbaren Anstieg des Verwaltungs- und Abstimmungsaufwands führen – gerade in Regionen mit hohem Waldanteil und begrenzten personellen Ressourcen. Eine Anpassung der Personalausstattung ist im Erlass nicht vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Landtagsfraktion die Landesregierung um einen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 7. Mai 2025. Der Bericht sollte dabei insbesondere folgende Fragen beantworten:

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 I 884 2750
F: 0211 I 884 I 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
www.facebook.com/dietmar.brockes
www.twitter.com/brockes

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

1. Welche konkreten Planungen verfolgt die Landesregierung zur Ausweisung neuer Wildnisgebiete im Staatswald Nordrhein-Westfalens, in welchem Umfang und in welchen Regionen?
2. Inwiefern dienen die geplanten Wildnisgebiete als politischer Ersatz für den gescheiterten zweiten Nationalpark?
3. Welche Auswirkungen haben weitere großflächige Flächenstilllegungen auf die forstliche Bewirtschaftung, die Versorgung mit heimischem Holz und die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum?
4. Wie interpretiert die Landesregierung die Vorgaben des gemeinsamen Runderlasses vom 5. Februar 2025 hinsichtlich der künftigen Aufgabenverteilung, Abstimmungstiefe und Verantwortung zwischen Forst- und Naturschutzbehörden?
5. Wie schätzt die Landesregierung den zusätzlichen personellen und organisatorischen Aufwand ein, der sich aus der engeren verwaltungsübergreifenden Zusammenarbeit im Wald ergibt – insbesondere mit Blick auf bestehende Personalengpässe in der Fläche?

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL